



Friedenssteuer

NACHRICHTEN

Mai 2015, Nr. 52

Zum Jagen tragen ...

... muss man manchen Hund. Genauso müssen die Kirchenoberen jedes Mal wieder an ihre zentrale christliche Aufgabe, *gewaltlos* Frieden zu stiften, erinnert werden. So auch jetzt beim Kirchentag. September 2014 lehnte es das Kirchentagspräsidium ab, das Thema 'Frieden' als zentrales Thema – oder überhaupt als Thema – aufzunehmen bzw. zuzulassen, dass Mitwirkende von bekannten Friedensorganisationen auf dem Markt der Möglichkeiten Veranstaltungen dazu organisieren. Begründung: das Thema sei doch überall mit-enthalten, es brauche keine extra Aufmerksamkeit.

Die Friedensgruppen steckten die Köpfe zusammen und siehe da: Sie fanden einen alternativen Ort außerhalb vom Kirchentagsgelände, wo sie ihr Thema unter dem Namen 'Zentrum Frieden' anbringen können. Gastgeber ist die Evang. Friedenskirchengemeinde in Stuttgart – die somit ihrem Namen Ehre macht! Ausgehend von dieser Kirche wird am Samstag eine Menschenkette gebildet (s. beiliegendes Faltblatt).

Wir staunten nicht schlecht, als Kirchentagspräsident Andreas Barner, der am 24. März das Programmheft des Kirchentags vorstellte, der Presse folgende Mitteilung machte: Das Thema 'Frieden und Flüchtlinge' stehe im *Mittelpunkt* des kommenden Kirchentags, denn „Wir steuern zu auf einen Kirchentag in Zeiten, die so brutal, so kriegerisch sind wie schon lange nicht mehr.“ Die Welt habe sich in den vergangenen 12 Monaten verändert. Der Kirchentag müsse „in *christlicher* Verantwortung Position beziehen“. Die Organisatoren sprächen daher auch von einem Friedenskirchentag in Stuttgart. Auch wenn das eine späte Wende ist – Hauptsache: Der Hund jagt endlich! Nur: welcher Fährte folgt er? Frieden mit oder ohne Militär?

Von dieser Wende steht nichts im dicken Programm, weil darin nach offizieller Angabe nur aufgenommen wurde, was bis Ende November angemeldet war. Da begannen die Friedensgruppen erst, ihr alternatives Pro-

gramm für das 'Zentrum Frieden' zu organisieren.

Am 4. Juni von 17:00 – 18:30 Uhr bietet das *Netzwerk Friedenssteuer*, zusammen mit *Ohne Rüstung Leben*, im 'Zentrum Frieden' eine Podiumsdiskussion an mit dem Titel: **„Zahlen für den Krieg? Gewissensfreiheit contra Steuerpflicht. Keine Kriegsfinanzierung mit meinen Steuergeldern.“**

Es wird eine Auseinandersetzung mit dem Thema 'Militärseelsorge' sein. Das Podium ist sehr gut besetzt (s. Faltblatt), so dass wir eine spannende Diskussion – auch mit dem



Publikum! - erwarten.

Auf den Seiten 4 bis 8 finden Sie viel Lesenswertes zur Vorbereitung dazu. Die Militärseelsorge ist uns ein Dorn im Auge – wie kann ein Soldat sich Christ nennen? Wo hat Christus Frieden durch militärisches Eingreifen gefordert

oder legitimiert?

Bevor Sie jetzt denken, dass unser Netzwerk sich nur noch mit den Kirchen beschäftigt: das ist nicht der Fall. Da aber bei Politikern und Gerichten im Moment gar keine Bewegung zu spüren ist, verlegen wir uns stärker auf Lobbyarbeit in den Kirchen. Auch das ist eine zähe Angelegenheit, aber hier haben wir wenigstens eine gemeinsame Basis und ein Beispiel, die uns nicht streitig gemacht werden können: Das Neue Testament, Christus. Da bleiben wir jetzt erst einmal dran, ob Kirchenmitglied oder nicht.

Gertie Brammer, Karwitz-Lenzen

Wer wir sind und was wir wollen

Wir sind Menschen, die es nicht mit ihrem Gewissen in Übereinstimmung bringen können, Steuern zu zahlen, die für Militär, Rüstung und Krieg verwendet werden. Wir wollen nicht weniger Steuern zahlen, sondern das Recht bekommen, zwischen Militärsteuer und Zivilsteuer zu wählen. Unsere zentrale Erklärung lautet:

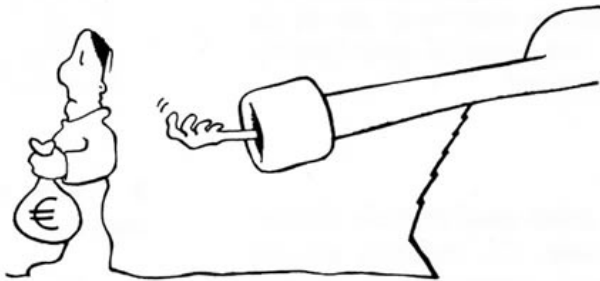
„Ich trete für eine gesetzliche Regelung ein, nach der niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Stattdessen ist die Verwendung dieser Zahlungen für zivile Aufgaben sicherzustellen.“

Wir haben ein Zivilsteuergesetz formuliert. Dazu gibt es zwei fach-juristische Gutachten (von zwei Uni-Professoren). Auch ein dritter Professor - für Öffentliches Recht an der Freien Universität Freiburg - bescheinigte uns die Unbedenklichkeit bezüglich der Einführung dieses Zivilsteuergesetzes, weil juristisch zu 100% in Ordnung. Es kommt nur auf den politischen Willen an. Mit diesen Texten machen wir Lobbyarbeit bei den Bundestagsabgeordneten. Wir machen Öffentlichkeitsarbeit und führen so lange Militärsteuer-Verweigerungsprozesse, bis das Zivilsteuergesetz beschlossen und umgesetzt ist.

Schwesterorganisationen in vielen Ländern verfolgen dieses Ziel ebenfalls. Unsere internationale gemeinnützige NRO *Conscience and Peace Tax International / CPTI* mit Sitz in London hat beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC). CPTI hat eine ständige Vertretung bei dem UNO-Menschenrechtsrat in New York und in Genf.

Wir werben nicht für Vereinsmitgliedschaft und Beitragszahlungen, sondern für aktive Mitwirkung auf verschiedenen Ebenen. Für unsere Arbeit sind Spenden sehr willkommen.

Die moderne Form der Kriegsdienstverweigerung ist die Militärsteuerverweigerung

**Impressum**

Die *Friedenssteuer Nachrichten (FN)* werden herausgegeben vom *Netzwerk Friedenssteuer e.V.*

V.i.S.d.P.: Friedrich Heilmann

Verantwortliche Redakteurin: Gertie Brammer. Adressen Seite 24

Hinweis: Schauen Sie bitte auf Seite 18, das könnte für Sie wichtig sein!

<i>Inhaltsübersicht:</i>	Seite
Impressum / Termine	2
Nicht jammern - klagen	3
Spagat der Kirchen	4
Frau könnte verzweifeln ...	8
Pastor Krügener	9
Mann könnte verzweifeln ...	10
Gerichtsprozess in Augsburg	11
Fachtagung Drohnen	12
Kirchen & Drohnen	14
Bericht Strategiekonferenz	15
Bericht Jahrestagung 2015	17
Treuhand-Anderkonto neu	18
Leitbild Friedenssteuer	19
CPTI Konferenz London	20
Nachruf Sepp Rottmayr †	21
Nachruf Dirk Panhuis †	22
Nachruf Ursula Windsor †	23
Adressen	24
Beilagen:	
- Faltblatt „Zentrum Frieden“	
- Gewaltfreie Aktion GÜZ abschaffen	



Netzwerk Friedenssteuer e.V.
Krennerweg 12, 81479 München
Tel: 089 / 725 94 16

info@friedenssteuer.de

www.friedenssteuer.de

Die *Friedenssteuer Nachrichten* erscheinen i.d.R. 2x pro Jahr (Auflage 700 Stk.) und gehen an alle, die sie bestellen oder Informationsmaterial angefordert haben.

Da Friedensarbeit auch Kosten, wie z.B. Druck und Versand dieser *Friedenssteuer Nachrichten*, verursacht, freuen wir uns ebenso über eine Spende wie über Ihr Interesse an unserer Arbeit. Für uns ist es wichtig, dass wir viele werden! Spendenkonto:

IBAN: DE25 4306 0967 7001 6016 00

BIC: GENODEM1GLS

(GLS Gemeinschaftsbank eG)

Termine: (siehe auch www.friedenssteuer.de, rechte Spalte auf der Startseite)

- 03. - 07. Juni 2015 Deutscher Evangelischer Kirchentag in Stuttgart; Zentrum Frieden
- 01. Sept. 2015 Antikriegstag
- 21. Sept. 2015 Internationaler Tag des Friedens der UN
- 02. - 04. Okt. 2015 Friedenssteuer-Arbeitstagung in Köln
- 11. - 13. März 2016 Jahrestagung in Erfurt-Hochheim, Seminar der Lebenshilfe.
Thema: Gewissen unter politischen und juristischen Gesichtspunkten

Nicht jammern – klagen!

Die Reihe der 'Spinner' ist noch längst nicht zu Ende, aber wir ändern das Thema ein wenig und bringen in den nächsten Heften Begründungen von Steuerverweigernden, welche diese an das Finanzamt oder an Gerichte geschrieben haben. Wir hoffen damit LeserInnen zu ermuntern, ebenfalls den Rechtsweg zu beschreiten. Hier unten die Begründung von Kurt Büttler, einem der 10 VerfassungsbeschwerdeführerInnen, aus dem Jahr 2009.



Ich bin Jahrgang 1944, verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Kindern. 1947 kam ich mit meiner Mutter und Schwester (ohne Vater) als Folge des Krieges nach Niederbayern. Seit dieser Zeit weiß ich, wie es sich anfühlt, fremd zu sein - Flüchtling und evangelisch - in bescheidensten Verhältnissen aufzuwachsen und mit Gleichaltrigen nicht mithalten zu können.

Als Christ weiß ich mich an die friedensstiftenden Weisungen des Evangeliums gebunden. Daraus folgt auch mein ehrenamtliches Engagement in der Kirchengemeinde und in der Stadt Landshut. So leite ich z. B. Bibelgespräche, bin Gründungsmitglied und langjähriger Vorstand des Landshuter Arbeitskreises Partnerschaft mit der Dritten Welt e. V. und betreibe eine enge Zusammenarbeit mit dem Haus International, der Friedensinitiative Landshut, UNICEF, amnesty international und dem Interreligiösen Forum Landshut. Also überall dort, wo ich

exemplarisch für Entwicklung und Gerechtigkeit, Verständigung und Frieden arbeiten kann.

Je intensiver die beschriebene Arbeit wurde, umso klarer zeichnete es sich für mich ab, wie sehr Rüstung und Krieg Entwicklung behindern, Verständigung und Frieden verunmöglichen und dass ich mit meinen Steuern gezwungenermaßen diesen Tatbestand befördere. Ich empfinde es mehr als eine „unbillige Härte“, mit den finanziellen Folgen meiner Erwerbstätigkeit mein öffentliches Engagement mit meinen Idealen zu konterkarieren. Ich vertrete in Beruf und Freizeit einerseits pazifistische Positionen und muss andererseits Rüstung und Krieg finanzieren. Eine Schizophrenie, die ich nicht länger aushalten will.

Als Religionspädagoge (jetzt im Ruhestand) erziele ich Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit und kann keine Steuern einbehalten, sondern musste einen Antrag auf Stundung meiner Steuerschuld stellen oder gegen den Einkommenssteuerbescheid Einspruch erheben, was dann bis vor das Finanzgericht bzw. den Bundesfinanzhof in München ging. Beinahe 10 Jahre beschritt ich diesen Weg mit nicht unerheblichen finanziellen und zeitlichen Aufwendungen – ohne Erfolg. Aber ich musste das tun, weil ich der Überzeugung bin, die das Berliner Amtsgericht in einem Mauerschützenprozess wie folgt formulierte:

An jeden sind besondere Anforderungen zu stellen, wenn es sich um Angriffe auf das Leben handelt. [...] Die deutsche Geschichte lehrt, dass nicht alles, was Gesetz ist, auch Recht ist. [...] Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts darf man nicht schnell sein Gewissen abschalten, wenn es um Tötung von Menschen im Sinn der Obrigkeit geht. [...] Man muss sein Gewissen rechtzeitig prüfen. (Aus der Urteilsbegründung vom 20. 01. 1992)

Als Ergebnis solch einer Gewissensprüfung sah ich nur den Weg einer Verfassungsbeschwerde, und wurde zu diesem Schritt durch eine Politik bestärkt, die von „größer gewordener deutscher Verantwortung in der Welt“ spricht und deutsche Truppenpräsenz bei Kriegen meint, gleichzeitig aber Kriegsvermeidung im Vorfeld aufgrund massiver wirtschaftlicher Interessen unterlässt – und das auch mit meinem Geld. Dabei zeichneten sich alle Kriege, bei denen deutsche Truppen zurzeit beteiligt sind, Jahre zuvor ab. Für eine rechtzeitige präventive und zivile Kriegsvermeidung und für zivile Zwecke wüsste ich gerne meine Steuern verwendet.

Ich bin der Auffassung, dass Steuerzahlen ein Ausdruck sozialer Verantwortung ist. Folglich geht es mir niemals darum, den staatlichen Haushalt zu schmälern. Es geht mir darum, dass ich nicht gegen mein Gewissen gezwungen werde, Rüstung und Krieg mitzufinanzieren. Für mein Gewissen macht es keinen Unterschied ob ich die Waffen persönlich in die Hand nehme oder ob ihr Gebrauch durch einen Militärhaushalt, in den auch meine Steuern fließen, mitfinanziert wird.

Weil im geltenden Haushaltsgesetz Mittel bereitgestellt werden, die die „Tötung von Menschen im Sinn der Obrigkeit“ ermöglichen und ich dies als Unrecht erkenne, auch wenn es Gesetz ist, kann und will ich mein „Gewissen nicht abschalten“. Ich will nicht gegen meine Überzeugung leben, darum führte ich diese Beschwerde, damit der in unserem Grundgesetz garantierte Gewissensschutz auch für mich Wirklichkeit wird.

Kurt Büttler, Landshut

Die Verfassungsbeschwerde wurde im Juni 2012 abgelehnt, d.h. nicht zur Behandlung angenommen. Wir hoffen, an dieser Stelle eines Tages wieder neu anknüpfen zu können – *die Redaktion*.

Wie halten die Kirchen den Spagat zwischen Friedensauftrag und militärischer Gewalt aus?

August 2014 erklärten beide Volkskirchen sich damit einverstanden, wenn Deutschland Waffen an die Kurden im Irak liefern würde, um sich selber, Christen und Jesiden verteidigen zu können.

Die Vorsitzenden der europäischen katholischen Bischofskonferenzen haben sich im August 2014 mit einer Forderung an den Vorsitzenden des UN-Sicherheitsrates gewandt und appelliert, der Rat möge „Entscheidungen treffen, die jetzt notwendig sind, um diesen Akt der Barbarei (durch den IS) zu stoppen.“ Wenn nötig auch mit militärischer Gewalt. Auch Kardinal Reinhard Marx in München hatte diesen Aufruf unterzeichnet.

Sepp Rottmayr (katholischer Laie) schrieb von seinem Krankenhauszimmer aus an Kardinal Marx. Wir geben die geführte Korrespondenz hier stark gekürzt wieder.

„Im katholischen Katechismus steht klar: Niemals darf Böses dazu dienen, Gutes erreichen zu wollen. Dieser Grundsatz kann nur durch eine Lüge entkräftet werden: indem militärische Gewaltanwendung für gut gehalten wird, weil sie das Böse stoppe. Die Gewaltanwendung mag militärisch richtig, legitim oder legal sein, gerechtfertigt von einer kleinen oder großen Mehrheit, sie wird dadurch nicht christlich ...“, denn: „Wir ersetzen dabei einfach Vertrauen in Gott durch Vertrauen in die Gewalt – und glauben dann, dies sei Gottes Wille. Aber es kann nicht (sein) Wille sein, da in seine Barmherzigkeit auch die Kämpfer des IS fallen. Wie diese befangen sind im Irrtum, so sind wir ebenso befangen in der Gewalt, wenn wir ihr vertrauen, hier Einhalt und Abhilfe schaffen zu können.

Wie sich die Bischöfe in der Zustimmung zum ersten Weltkrieg geirrt haben und gleichermaßen in der heimlichen und manchmal offenen Zustimmung zum zweiten, so wird die Geschichte erweisen, dass sie sich auch diesmal ... irren und wiederum nur eine Stimme des Volkes sind, unberührt von jesuanischer Seligpreisung. Und es wird wieder manchen aufrechten Christen von der Art Franz Jägerstätters in Zweifel stürzen, ob diese Kirche angesichts der Gewaltbefangenheit ihrer Führer die wahre und richtige sein kann ...

So richtet sich meine Bitte an Sie, jeglicher Zustimmung zu militärischer Gewaltanwendung [...] abzusagen und sich nicht vom Vertrauen in die Gewalt mitreißen zu lassen.“ Die Weltgemeinschaft solle u.a. Kontakt mit dem IS aufnehmen und bei dieser bereits verteufelten Gruppe für eine

humane (islamische) Behandlung der Minderheiten werben.“

Sepp bekam Anfang September eine Antwort vom Sekretariat folgenden Inhalts:

- Die katholische Kirche habe ein Konzept des 'gerechten Friedens'.
- Danach hätten Gewaltfreie oder -arme Mittel Vorrang vor militärischen Gewaltmitteln.
- Die Kirche habe sich allerdings nie zu einem radikalen Pazifismus bekannt.
- Unter bestimmten, eng umgrenzten Umständen sei auch der Einsatz von Gewalt legitimiert. Gottesvertrauen solle man haben, aber dürfe man ein Menschenvertrauen haben, das es für sinnvoll hält, Kontakt mit dem IS aufzunehmen? Verlange nicht die christliche Lehre der Erbsünde deutlich mehr Realismus? Der Sekretär möchte nicht verantworten, dass der kath. Pazifismus auf Kosten von Menschen gehe, die wegen ihrer Schutzlosigkeit massenhaft vertrieben und ermordet werden könnten.

Daraufhin schrieb Sepp wiederum an Kardinal Marx:

1. Gerechter Friede schließe Waffengewalt aus. Nur Mittel, die in sich selbst gerecht sind, bergen die Chance eines gerechten Friedens.
2. Ihn bewege nicht die Frage eines 'radikalen Pazifismus', sondern was Christus z.B. in der Bergpredigt zur Gewaltanwendung und zur Feindesliebe gesagt und später erlitten hat. Dabei möchte er den 'radikalen Pazifismus' als Essential christlichen Denkens nicht geschmälert wissen.
3. Ihn bewege, was Christus im Gleichnis vom Unkraut und vom Weizen ausgesagt hat: Die Welt versucht wieder einmal, das Böse durch Gewalt auszurotten, was den Kreislauf der Gewaltanwendung aufrecht erhält.
4. Ihn bewege sehr die Frage, warum Christus bei seiner Gefangennahme den Schwerthieb eines seiner Jünger an einem 'Staatsterroristen' verurteilt und geheilt hat. Kann eine Botschaft deutlicher sein?
5. Man könne es im Ernst ethisch für angemessen halten, auf Gewalt zu verzichten, denn
 - a) im Propagandagetöse wisse man nicht mit Sicherheit, dass 'Ströme von Blut' (im IS) fließen. Man wisse aber mit Sicherheit, dass Ströme von Blut in mehr-

facher Weise durch den Bush-Krieg geflossen sind. Diese Erkenntnis, die die Welt im Nachhinein gewonnen hat, wurde vor Kriegsbeginn von Wenigen geäußert, aber in den Entscheidungsgremien nicht gehört.

b) Täglich verhungern nach der WHO 24.000 Kinder in der Welt – warum werden nicht einige tausend von ihnen gerettet mit den Geldern, die die Waffen für die Kurden kosten? Denn dass diese Kinder sterben werden, wisse man mit einer Sicherheit, die man für die Christen und Jesiden nur annimmt. Die Begründung, militärisch einzuschreiten, bezieht sich also immer auf Unsicheres, während die Möglichkeiten, Menschenleben zu retten, die mit Sicherheit gefährdet sind, nicht genutzt werden.

6. Warum hat Christus jenen Staatsterroristen, die ihn gemartert und gekreuzigt haben, öffentlich mit den Worten vergeben „... denn sie wissen nicht, was sie tun“?
7. Mit dem gleichen Satz hat Franz Jägerstätter seinen Scharfrichtern verziehen. Damit habe er wie Christus eine Schuld überwunden, die sich als kulturelles Erbe wie eine Schlange durch die Menschheitsgeschichte windet, nämlich den Gebrauch von Gewalt samt der Rechtfertigung, sie dort anwenden zu dürfen, ja zu müssen, wo die Welt noch nicht vollendet ist.
8. **Seit 1986 habe er die Zahlung von Steuern für militärische Zwecke verweigert, wurde jedoch regelmäßig gepfändet. So seien seine Steuern immer weiter für Waffen und Militär ausgegeben worden, also für das Töten von Menschen. Er meine: Militärsteuerverweigerung sei der richtige Weg für Christen.**

Die Antwort auf diesen Brief lautete, Zitat: „Beide Seiten müssen es aushalten, das unter Christen keine Einmütigkeit bei der Frage nach der Legitimation von Gewaltanwendung im Sinne einer 'ultima ratio' gegeben ist. Wir sollten aber gemeinsam daran festhalten, zunächst einmal und vor allem das Mögliche zu tun, um die Gewaltverhältnisse in dieser Welt auszutrocknen.“

Im Januar 2015 erlebte Bernhard Willner (katholischer Theologe) in seiner katholischen Kirchengemeinde eine hl. Messe, die durch einen Militärpfarrer zelebriert wurde. In der Predigt sanktionierte dieser den Einsatz von Militär als ultima ratio. Bernhard schrieb an das Pfarrleitungsteam

(es gibt keinen Priester mehr) eine eMail, hier verkürzt bzw. sinngemäß wiedergegeben.

„Wenn wir uns als Christen auf die Botschaft Jesu stützen wollen, müssen wir die Unvereinbarkeit von 'pax Christi' und 'pax Romana' ernst nehmen.“



Eine militärische Option zum Friedensschaffen gründet nicht in der Botschaft Jesu. Eine Meinung als christlich darzustellen, obwohl sie nicht auf Jesus zurückgeht, ist wissenschaftlich unsachlich, moralisch unwahrhaftig, religiös ein Frevel und soziologisch und politisch Demagogie. Aus diesem Grunde ist eine 'christliche Militärseelsorge' ein Widerspruch in sich. Diese schleichende Militarisierung des Denkens in unserer Kirche muss ein Ende haben!

Darum bitte ich Sie, in Ihren Gremien zu beschließen, dass in den Kirchen unserer Pfarrgemeinde St. Franziskus (ein großer Name für gewaltfreie Konfliktlösungsmöglichkeiten!) keine militärische Propaganda zugelassen wird. Allein schon die Zulassung eines Militärpfarrers unterstützt das Denken einer 'pax Romana'.“

Der Militärpfarrer möchte nicht, dass seine Antwort veröffentlicht wird. Deshalb folgen hier, stark gekürzt, seine Argumente anonym.

1. Die Kath. Kirche ist grundsätzlich von einem 'et – et' ('sowohl als auch') geprägt und nicht von einem 'entweder oder'. Dies gilt es auszuhalten. Beispiel: es gibt sowohl einen pazifistischen Bischof Algermissen (Präsident vom Verein Pax Christi Deutschland) als auch einen Militärbischof Overbeck.

Und im Zentralkomitee der deutschen Katholiken finden sich sowohl Vertreter vom Verein Pax Christi als auch von den Soldaten – ein General.

2. Pazifisten und Soldaten treffen beide ihre Gewissensentscheidung vor dem Hintergrund des Evangeliums; sie beziehen sich oft auf die gleichen Gebote.
 - a) Das Gebot der Nächstenliebe bedeutet für den Soldaten, dass er den Nächsten nicht schutzlos in der Gefahr zurücklassen darf und für den Pazifisten, dass er auf keinen Fall Gewalt gegen Menschen anwenden darf.
 - b) „Du sollst nicht töten“ enthält auch: „Du sollst nicht töten lassen“* - das rechtfertigt im Sinne der Schutzverantwortung militärische Gewalt.
 - c) Welche Antwort gibt der Pazifismus auf den Terror des IS, die man auch gegenüber den dort wirklich Betroffenen vertreten kann? Hätte man sich Hitler nicht mit Gewalt entgegenstellen sollen?

Fazit: Wichtig ist nur dass wir wissen, Christus ist unser Erlöser, der uns durch seine Liebe in die Freiheit der Kinder Gottes geführt hat und diese Freiheit, auch der Meinungen, auf einer gemeinsamen Basis sollten wir uns allen auch gegenseitig geben.

Soweit die Meinung des Militärpfarrers.

Daraufhin schrieb Bernhard eine Antwort, welche die Redaktion am liebsten unverkürzt veröffentlichten möchte; jedoch würde das den Rahmen dieses Heftes sprengen. Also hier eine sinngemäße Kurzfassung:

Zu 1.

Tatsächlich ist dieses 'et – et' die katholische Praxis. Ich meine aber, dass dieses Prinzip gar nicht katholisch ist! Denn die Nachfolge Christi erfordert ganzen Einsatz, keine Halbherzigkeiten, also kein 'sowohl als auch', sondern ein 'entweder oder'. In den ersten drei Jahrhunderten wurde die zentrale Botschaft Jesu als eine Botschaft des Friedens Gottes mit den Menschen verstanden und so ernst genommen, dass der Grundsatz galt, „ein Christ kann kein Soldat sein“. Von Seiten der Bibel gibt es kein 'katholisches et – et'.

Die Praxis der Kirche durch die Jahrhunderte seit Kaiser Konstantin zeigt Kriege über Kriege, wobei auf beiden Seiten immer derselbe Gott um Beistand angefleht wurde, auch in den beiden Weltkriegen, wo auf beiden Seiten die Soldaten 'seelsorglich betreut' wurden (von Hitler gelobt!). Also stärkte die Kirche die Kampfkraft der

Soldaten sowohl (et) aufseiten Hitlers als auch (et) aufseiten der Alliierten.

Man soll nicht denken 'das war einmal, das ist jetzt Geschichte'. Der Major Pfaff hat im März 2003 die logistische Unterstützung des US-geführten Irak-Angriffs verweigert und wurde daraufhin zur psychiatrischen Untersuchung in ein Bundeswehrkrankenhaus eingeliefert, mit Gefängnis bedroht und degradiert. Er legte Berufung ein und wurde 2005 durch das Bundesverwaltungsgericht rehabilitiert. Mit einer 'sowohl als auch'-Haltung war da nichts zu machen. In kirchlichen Bereichen allgemein und Militärseelsorge insbesondere hat dieser 'Fall' kein weiteres Interesse gefunden, obwohl hier dem Gewissen des Menschen, auch des Soldaten, eine grundlegende Bedeutung beigemessen wurde.

Das „Aushalten verschiedener Meinungen gehört zum Leben dazu“ - ja, das gehört zum demokratischen Verständnis! Doch kann und darf als christlich nur bezeichnet werden, was sich auf Jesus berufen kann.

Natürlich sind Menschen zu respektieren, die meinen, dass es manchmal nicht ohne Gewalt geht, und die dabei den Willen haben, wirklich zu helfen. Aber das kann deshalb nicht als christlich bezeichnet werden. Verschiedene Meinungen dürfen nicht zu einem Eintopf zusammengerührt werden, so dass sie nicht mehr erkennbar sind. Das ist auch das Problem bei den Bischöfen Algermissen und Overbeck. Algermissen darf seinen Kollegen Overbeck nicht in den Rücken fallen, er muss aushalten, dass dieser das Militär unterstützt. So wirkt die kath. Kirche ambivalent, und somit auch der Verein Pax Christi.

Ein General im Zentralkomitee?! Wo bleibt da die Trennung von Kirche und Staat? Nach 1945 wollte fast kein Deutscher jemals wieder eine Waffe in die Hand nehmen. Warum musste die Kirche schon wieder in Kriegsmodele zurückfallen, die mit der Botschaft Jesu überwinden waren?

Zu 2.

Es gibt im Neuen Testament nur ein Tötungsverbot - für alle. Der Satz 'Du sollst nicht töten lassen' ist eine Schlussfolgerung im Zusammenhang mit der sogenannten Schutzverantwortung, aber in der Botschaft Jesu nicht zu finden. Er kann im Prinzip in einem christlichen Sinn nur richtig verstanden werden, wenn er nicht militärisch gemeint ist. Im nicht-militärischen Sinne engagieren sich viele Menschen, ganz besonders beim Zivilen Friedensdienst. Wo im NT steht, dass ich jemanden töten darf oder sogar muss, um andere Menschen zu lieben? Jesus weitete das Tötungsverbot sogar aus bis in die Gedankenwelt: Mt. 5,21-26!*

Nicht die Schutzpflicht (welche die UNO bis heute so nicht akzeptiert hat!) stelle ich in Frage, sondern das militärische Eingreifen. In einer 'noch unerlösten Welt' könne es ohne Gewaltanwendung nicht gehen? Der Mensch würde so oder so schuldig: wenn er zum Schutz anderer Gewalt anwende und auch, wenn er sich dazu weigere? Diese Argumentation will nur den militärischen 'Schutz' als 'humanitären' Einsatz rechtfertigen. Damit verwechselt die Kirche 'humanitär' mit 'christlich'. Christlich ist immer humanitär, aber humanitär nicht immer christlich. Weil man nun mal schon hochgerüstet ist, will man diese Mittel ohne Gewissensbisse einsetzen können. Soll oder will das die Kirche unterstützen?

Welche Antwort gibt der Pazifismus auf den IS-Terror?

Pazifismus ist eine aktive Lebenshaltung und keine Feuerwehr für Notsituationen. Für die Vorbereitung eines Krieges (ultima ratio) werden Unsummen aus dem Staatshaushalt eingesetzt. Für zivile Konfliktlösungsmethoden, die logischerweise einen Vorrang vor dem 'letzten Mittel' der Politik haben müssten, wird nur ein Bruchteil davon ausgegeben (und das erst seit 1998!). Folglich ist der Pazifismus arg im Nachteil, weil er sich zudem im Wesentlichen nur auf ehrenamtliche Leute stützen muss. Kirche wäre vom Evangelium berufen, die 'Spitze der Avantgarde der Pazifisten' zu sein. Aber da hinkt sie (noch) sehr hinterher. Sie ist mit ihrem 'sowohl für Militär als auch für Pazifismus' Diener zweier Herren, was in der Gefolgschaft Jesu ein Unding ist.

Es gibt unendlich viele Beispiele für die Aktivität von pazifistisch gesinnten Menschen. Es kann hier aber nicht der Ort sein, dies alles aufzuzeigen.

Man hätte Hitler gar nicht so weit kommen lassen müssen. Das wäre möglich gewesen (es folgten Lesetips).

Fazit: Der entscheidende Unterschied ist, dass die Moral einer Armee eine andere Moral ist als die Moral Jesu. Eine Armee mit der Moral Jesu begleiten zu wollen, ist moralisch unwahrhaftig, religiös ein Frevel.

Ein wenig anders – aber auch nur ein wenig! - sieht es in der Ev. Kirche aus. Zwar haben im August bzw. September 2014 der ehemalige Ratsvorsitzende, Nikolaus Schneider, und dessen Nachfolger im Amt, Heinrich Bedford-Strohm, eine Waffenlieferung an die Kurden öffentlich als „legitim“, bzw. „leider notwendig“ angesehen, was ein

starkes Signal für die Öffentlichkeit darstellt (www.ekd.de/aktuell_presse). Aber Renke Brahms, Friedensbeauftragter der EKD, sagte zuvor schon: „Wer Waffen liefert, wird direkt zur Konfliktpartei“; weswegen er sich, ebenfalls öffentlich, dagegen ausgesprochen hatte.

Soweit ich sehe, hat sich keiner der drei hohen Funktionären dabei auf das Christ-sein bezogen. Es waren Stimmen, die genauso gut aus dem Bundestag hätten stammen können.

Auch hat Renke Brahms, der rund Pfingsten 2014 so überraschend 185.000 Friedensfachkräfte forderte als Gegenstück zu den 185.000 Bundeswehrsoldaten, damit nichts gegen das Militär bzw. die Militärseelsorge gesagt. Ist nicht sein Gebiet! Auch die Evang. Kirche lebt nämlich nach dem 'sowohl als auch'-Prinzip. Das wurde noch einmal sehr deutlich durch ein Zeitungsbild, wo er fröhlich lachend seinem Glaubensbruder, dem ersten *hauptamtlichen* Militärbischof (warum gibt es keinen hauptamtlichen Friedensbischof?), nach dessen Amtseinführung die Hand reichte. Kein bisschen Abstand! Nach Brahms Äußerung seiner sehr guten Idee zur Ausbildung von Tausenden Friedensfachkräften hatten wir in FN51 noch die Hoffnung, dass nach diesem Spruch ein Umsetzungsvorschlag folgen würde; es blieb jedoch leider bei einer 'Impuls-Aussage'. Also: Immer noch kein Pfingsten ...

2012 wechselte ein Militärdekan zur AGDF (Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden), während der Beauftragte für die Ökumenische Dekade 'Gewalt Überwinden' (angesiedelt bei der AGDF), am Ende der Dekade in die umgekehrte Richtung wanderte: in eine leitende Funktion bei der Militärseelsorge. Wie will er da Gewalt überwinden??

Da ist doch die Frage zu stellen: Wie steht die AGDF - die mit der EAK (Ev. Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung) zusammengeführt wurde, als die Beratung von Kriegsdienstverweigerern Mitte 2011 größtenteils entfiel – zu Bundeswehr und Gewalt?

Nun ja – wenn man sich direkt auf Luther bezieht, ist die Antwort seit 1530 klar: Im Augsburger Bekenntnis, Art. 16, sagte Luther: „Es ist gut, dass Christen ohne Sünde [...] rechtmäßig Kriege führen [...] können.“

Aber Luther ist nicht Jesus. Jesus hat die Nachfolge gepredigt, nicht das sowohl-als-auch-Dilemma; erst recht nicht ein Dilemma, das als solches gar nicht erst empfunden wird, wenn man so leicht vom gewaltfreien 'Berufsfeld' ins gegenübergestellte wechselt.

Gertie Brammer

Quelle: Friedensbüro Hannover

An der Basis bewegt sich aber immer wieder was; diesmal am 31. Oktober (Reformationstag). Ein gutes Dutzend ChristInnen und PazifistInnen aus Hannover und Bremen forderte am Sitz der EKD in Hannover mit Transparenten, Schildern und Handzetteln die Abschaffung der Militärseelsorge, durch welche die EKD die Bundeswehr unterstützt und somit auch die Militarisierung der deutschen Außenpolitik mittrage. Das aber ließe sich nicht mit der Gewaltlosigkeit Jesu vereinbaren. Die Kirchen sollten, um sich aus der unseligen Verbindung mit dem Militär zu lösen, Soldaten stattdessen Seelsorge in gemeindeeigenen Räumen anbieten. Weiterhin forderte die Gruppe, die 30 Millionen Euro, die jährlich für die Militärseelsorge ausgegeben würden, für die zivile Konfliktbearbeitung zur Verfügung zu stellen.

Quelle: Friedensbüro Hannover, www.militärseelsorge-abschaffen.de

Die kompletten Originalbriefe von Sepp Rottmayr, vom Sekretär des Kardinal Marx und von Bernhard Willner liegen auf unserer Internetseite unter „Öffentliche Downloads“.

Frau könnte verzweifeln, denn ... Es ist ein Jammer mit der Kirche

Die EKD-Konferenz für Friedensarbeit tagte wieder im Januar und beschloss nichts zu unserem Anliegen, worüber sie schon drei Jahre lang brütet. Man kann denken, das ist besser als ein für uns negativer Beschluss; und was soll solch eine Konferenz auch beschließen, wenn kaum eine Landeskirche den Bitten des EKD-Friedensbeauftragten und seines Kompetenzteams nachkommt.*



Für mich als Betroffene ist es nicht zu fassen! Seit 1991 bin ich aktiv und ganz besonders als kirchliche Beschäftigte dabei. Was habe ich nicht alles mitgemacht und durchlebt im Kirchenraum und auf internationaler Ebene! Bei unseren Lobby-Gesprächen mit Abgeordneten des Bundestags wurde klar: Dort bekommen wir nicht einmal eine Unterstützerguppe für einen neuerlichen Gesetzesantrag zusammen. Das verstärkte meine Hoffnung auf die Peergroup Kirchen. Recht so; denn sie hatten doch 40 Jahre lang mein Gewissen mit entwickelt. Heute frage ich, ob ich mir nur Illusionen mache - immerhin seien wir „keine Friedenskirche“. Andererseits: hieß es beim Weltkirchenrat nicht bereits 1948, dass Krieg nach Gottes Willen nicht sein solle?

Bis heute bezweifeln einige Kirchengenegenüber die Gewissensnot, weil ich nicht eigenhändig

kämpfe und töte. Das ist doch nicht so schwer zu verstehen: Es gibt keine Armee ohne SoldatInnen, aber auch keine ohne Steuergelder! Die Gewissensnot auch bei der Entwicklung von IT-

Programmen ist im Fall von Major Florian Pfaff zugunsten der Gewissensfreiheit entschieden worden. Weil ich keine militärischen „Lösungen“ will, kann und darf ich die Armee nicht finanzieren – alles andere ist gegen mein Gewissen; bewusst erlebe ich dieses Dilemma bereits 23 Jahre lang.

Viele Jahre verstrichen, bis auch die Kirchen den Kriegsdienstverweigerern beistanden. Ein Jahrzehnt war ich Beisitzerin im Kölner Ausschuss für die Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern. Manchmal denke ich, dass der Ausschuss-Richter mehr Verständnis für diese Jungs hatte als meine Kirche für mich. Was machen unsere Kirchen mit der Aufforderung des Zentralausschuss des Weltkirchenrates von 2009: „sich mit der Frage von Steuergeldern für militärische Ausgaben oder Krieg sowie mit Alternativen zum Militärdienst auseinanderzusetzen“? Aktuell gibt es etliche Gedenkveranstaltungen zum Ersten und Zweiten Weltkrieg; es gibt zahlreiche 'Nagelkreuz-Gemeinden' mit der dauerhaften 'Nie wieder'-Überzeugung. Als Kriegsfinanziererin bleibe ich mit meiner Gewissensnot allein und außen vor.

Wer dieses Gewissensproblem nicht teilt, kann doch energisch für mein und unser Recht eintreten, dass Gewissensfreiheit nicht nur laut Grundgesetz geschützt ist, sondern auch beim Steuerzahlen endlich praktisch verwirklicht werden kann. Von wem kann ich denn mehr Hilfe erwarten als von den Kirchen, mit denen ich die Überzeugung teile, dass Krieg nach Gottes Willen nicht sein soll?

Hannelore Morgenstern-Przygoda, Köln

*) Lichtblicke sind die Badische und Hannoversche Landeskirchen mit den Friedensbeauftragten Karen Hinrichs (s. Programm Zentrum Frieden) bzw. Lutz Krügener (s. Seite 9)

Lichtblick!

Drei Aktivitäten von Pastor Lutz Krügener
Beauftragter für Friedensarbeit der Ev.-Luth. Landeskirche Hannovers

1. **Auf Einladung** unseres Netzwerkes und der Gruppe antimilli-wendland in der Ev. Kirchengemeinde hielt Herr Krügener am 2. August 2014 in Lüchow einen Vortrag über Pazifismus, basierend auf dem Neue Testament. Anschließend trug Jochen Neumann, Geschäftsführer der KURVE Wustrow, Beispiele von gewaltfreier Konfliktbearbeitung vor, die konkret stattgefunden haben. Diese Kombination ist für künftige Vorträge sehr empfehlenswert! Als Dritte rief Katja Tempel zur gewaltfreien Teilnahme am 'Krieg beginnt hier'-Camp auf, das im September 2014 gegen das Gefechtsübungszentrum in der Offenen Heide (Sachsen Anhalt) stattfinden sollte.

2. **Zum Antikriegstag** (1. Sept.) veröffentlichte Herr Krüger dann eine persönliche Erklärung zum Dilemma: „Halte ich angesichts der Massaker in Nord-Irak meinen christlichen Pazifismus durch, oder stimme ich Waffenlieferungen zu?“ Hier die verkürzte Wiedergabe (der vollständige Text liegt auf unserer Internetseite unter „Öffentliche Downloads“.)

Jesus' radikalen Pazifismus dürfen Christen nicht durch tagespolitische Ereignisse überholen lassen. Wir dürfen nicht glauben, dass militärische Gewalt wirkliche Lösungen bringen. Aber – nun meine auch er, jetzt, wo es anders nicht mehr geht, sei der Kampf gegen die IS-Truppen geboten ... „Wahrscheinlich ist hier wirklich die sogenannte 'ultima ratio' für ein militärisches Handeln erreicht und müssen wir es auch als Pazifisten zulassen, ertragen.“ Dann fragt er aber, warum die Weltgemeinschaft *wieder* nicht vorbereitet sei, sondern auf nationale Armeen mit deren Interessen angewiesen? Warum sie wieder in die 'ultima ratio-Falle' getappt sei? Vielleicht sei auch er selber mit seinem (wenn auch eingeschränkten) Eingeständnis eines militärischen Eingreifens in diesem besonderen Fall in die geschickt gestellte 'ultima ratio-Falle' getappt, wenn nun schon Pazifisten wie er dem Krieg vermeintlich Recht geben. „Als Kirche, die sich in der Nachfolge von Jesus versteht, haben wir nicht den Krieg zu rechtfertigen, sondern alles dafür zu tun, dass es nicht dazu kommt. [...] Es gibt eine Fülle ziviler Konfliktlösungsstrategien, die aber nie eine auch nur annähernde Ausstattung wie das Militärische bekommen. Hier gilt es zu intervenieren.“

Das bedeutet für ihn, dass die Kirche auf ein Paradigmenwechsel hinzuarbeiten hat, nachdem

- die UN die einzige Organisation auf der Welt sein muss, der internationale Zwangsmaßnahmen in engen Ausnahmefällen zusteht;
- die Nationalstaaten eine Entmilitarisierung durchsetzen (gilt auch für die Bundeswehr!);
- ein radikaler Abbau von Waffenarsenalen stattfindet;
- zivile Konfliktlösung mehr Geld bekommt als militärische;
- Versöhnungsarbeit aufgebaut wird, denn das ist die notwendige Grundlage für einen gerechten Frieden. Hier verweist er auf das Vaterunser, wo Jesus uns versprechen lehrte: „... wie auch wir vergeben...!“ Oder müssen wir zugeben, dass Jesus uns Menschen zu viel zugetraut hat? Er meine: Nein!

3. **Herr Krügener** hat die Friedenssteuer-epd-Dokumentation gelesen; findet für das Thema bei der Landessynode aber nur wenig Gehör. Als unsere unermüdliche Mitstreiterin, Frau Ewis Storck (Bergen/D, Wendland) telefonisch nachhakte, bat er deshalb um kurze, prägnante, persönliche Stellungnahmen, gerne von mehreren Friedenssteuer-Leuten. Solche persönliche Zeugnisse könnten manchmal mehr erreichen als trockene Gesetzestexte und Gutachten. Das ist ein Versuch wert; daher hier unsere Bitte:

Schreiben Sie Ihre persönliche Begründung für ein Zivilsteuergesetz wie von uns vorgelegt an:

Pastor Lutz Krügener, Haus kirchlicher Dienste der Ev.-Luth. Landeskirche Hannovers, Archivstr. 3, 30169 Hannover, Fax: 0511-1241-941, kruegener@kirchliche-dienste.de

Sie müssen nicht Kirchenmitglied sein und nicht im Gebiet dieser Landeskirche wohnen.



Lutz Krügener Jochen Neumann Gertie Brammer
Katja Tempel

Gertie Brammer

Mann könnte verzweifeln, denn ... Ist das denn wirklich so schwer?

Wir haben seit Gründung der „Friedenssteuer-Initiative“ im März 1983 immer betont, dass wir unser Ziel, ein Gesetz zur Legalisierung der Kriegsteuer-Verweigerung, auf allen drei Ebenen unserer Staatsgewalt angehen wollen: der Judikative, der Legislative



und der Exekutive. Das bedeutet: Wir führen Prozesse auf der Finanzgerichtsschiene, wenn möglich bis zum Bundesverfassungsgericht, wir bemühen uns, über Lobbyarbeit Bundestagsabgeordnete für eine Gesetzesinitiative zu unserem Thema zu gewinnen, und einige von uns praktizieren totale oder teilweise Steuerverweigerung. Nach über 32 Jahren dieser verschiedenen Aktivitäten zeigt eine nüchterne Bilanz:

Die Aussicht, über Klagen bei den Finanzgerichten etwas zu erreichen, ist nach bisherigen Erfahrungen nahe Null. Entscheidungen des Bundesfinanzhofs und des Bundesverfassungsgerichts blockieren jeden gutwilligen oder progressiv denkenden Richter. Dennoch meine ich, gut fundierte Klagen mit möglichst neuen juristischen Argumenten helfen unserer Sache weiter, und zwar mehr als der „Tropfen auf den heißen Stein“. Schauen wir doch nur einmal an, was sich seit 1982 auf dem juristischen Gebiet getan hat! Und zwar sowohl in der Verhandlungsführung vor den Gerichten als auch insbesondere auf publizistischem Gebiet, was die Veröffentlichung juristischer Fachartikel sowie mehrerer Bücher zum Thema betrifft.

Auch die Lobbyarbeit bei MdBs ist ein schwieriges Feld. Es hat den Anschein, als ob es bei den beiden einzigen für uns realistischen Möglichkeiten, eine Gruppe von Abgeordneten zu finden (entweder eine Fraktion oder 35 Abgeordnete mehrerer Fraktionen), die etwas Vergleichbares wie unseren Entwurf eines Zivilsteuergesetzes wenigstens einmal wieder ins Parlament einbringen könnte, ohne Abgeordnete der LINKEN nicht geht. Hier müssen wir klar entscheiden, welchen Weg wir gehen wollen.

Persönlich bin ich heute der Überzeugung, **dass der einzige machbare Weg**, wenigstens unter einiger Kraftanstrengung unsererseits spürbar voranzukommen, **wäre, eine stattliche Zahl von Steuerverweigerern zu finden**. Was macht diesen Weg eigentlich so schwierig? Selbstständige können problemlos Teile ihrer Einkommensteuer auf unser Anderkonto*) zahlen und parallel ihr zuständiges Finanzamt über ihre Motivation für diesen Schritt informieren. Abhängig Beschäftigte können diesen Weg nur über andere Steuerarten gehen, die sie direkt ans Finanzamt zu zahlen haben. Für die meisten bietet sich hier vermutlich die Kraftfahrzeugsteuer an. Unsere diesbezüglichen Aktionen in den 80er Jahren (so z.B. die „Aktion 5,72 DM“ zur sog. Nachrüstung) haben bewiesen, dass keinem Autobesitzer besonderes Unheil droht, wenn er seine Kfz.-Steuer nicht in voller Höhe bezahlt. Wie auch bei der Verweigerung von Einkommensteuern: Von der Behörde kommen zuerst eine „Mahnung“, dann eine „Vollstreckungsankündigung“, dann ein „Vollstreckungsbescheid“. Erst, wenn danach nicht gezahlt wird, kann gepfändet werden. Außer zusätzlichen Gebühren und Zinsen hat der Verweigerer keinen weiteren Schaden. Und wie konsequent leben wir denn unser Motto „Kein Geld für Krieg“, wenn wir noch nicht einmal zu diesem geringen Aufwand von wenigstens symbolischer Bedeutung bereit sind?

Denn andererseits ist klar abzusehen: Mit 100 Verweigerern wird die Bürokratie der Finanzverwaltung noch fertig, bei 1.000 Verweigerern bundesweit kommt eindeutig Sand ins Getriebe, bei 10.000 Verweigerern bricht die Verwaltung zusammen.

Dann muss die Politik ein neues Gesetz machen! Also sollten wir uns vorrangig diesen Fragen widmen:

- Warum verweigern nicht viel mehr von unseren Mitgliedern und Sympathisanten?
- Wie können wir in der Bevölkerung, die doch deutsche Rüstung und Kriegsbeteiligung mit deutlicher Mehrheit ablehnt, viel mehr Menschen für eine wenn auch nur minimale Steuerverweigerung gewinnen?

Phantasie, Aktivität und Ausdauer sind gefragt!

Günther Lott, Rauenberg

*) zum Treuhand-Anderkonto siehe auf www.friedenssteuer.de,

Deine Aktivität – Mitmachen – Steuer verweigern

Lichtblick? - Gerichtsprozess in Augsburg

Unsere Mitstreiterin Dr. Barbara Pontz aus Germering hatte 2014 Militärsteuern verweigert, wonach das Finanzamt ihr Einkommen pfändete und ihrer Bank eine Einziehungsverfügung erteilte. Dagegen klagte Frau Pontz beim Finanzgericht München. Am 3.03.15 fand ihr Gerichtsprozess statt, in der Außenstelle Augsburg. Hier folgt der Bericht über den Prozessverlauf.

Die Verhandlung hat ca. 1 Stunde gedauert. Dabei waren der Richter, die Protokollantin, das beklagte Finanzamt mit einem Oberregierungsrat und drei ZuhörerInnen: Barbaras Bruder, Anna Hauser (Traineein für gewaltfreie Kommunikation) und Ulla Klotz für das *Netzwerk Friedenssteuer*.

Die Atmosphäre war freundlich und locker, in einem schönen Raum - 2 Seiten mit raumhohen Glaswänden. Besonders angenehm fand ich, dass es öfter und ausführlich zu Dialogen zwischen dem Richter und Barbara, und zwischen dem FA-Vertreter und Barbara gekommen ist.

Noch vor Beginn der Verhandlung meinte der Vertreter des FA – Barbara hatte ihn begrüßt und uns alle gegenseitig vorgestellt - dass er auf Zahlung/Eintreibung bestehen müsse, auch wenn er Verständnis für Barbaras Anliegen habe. Aber was hätte der Verzicht auf Militär und Rüstung im Fall des Naziregimes gebracht oder heute beim IS?

Nach der Verhandlung hat er das nochmal ausgesprochen und Barbara hat ihm die Infos zu den Studien von Erica Chenoweth*) überreicht - über die Wirksamkeit von gewaltfreier/gewaltarmer Konfliktlösung.

Dann kam der Richter, hat die Verhandlung eröffnet und nach Verlesen des Klageinhalts und Zitieren aus dem Urteil des Finanzgerichts Baden Württemberg vom 01.06.89 und aus dem Nichtannahmebeschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 02.06.2003 gemeint, damit sei ja alles gesagt und er sei daran gebunden. Da die Bank (als Drittschuldner) überwiesen hat, sei eigentlich die Klage nicht aufrecht zu erhalten - außer, Barbara erhebt eine Fortsetzungsfeststellungsklage - wenn sie ein Feststellungsinteresse habe. Barbara hat dieses Interesse bejaht: 2003 sei schon lange her; ihr Gewissen weiter belastet. Sie fragte den Richter was sie tun könne, wenn sie nicht weiter und immer wieder jedes Quartal neu die Steuerzahlung verweigern möchte, um sich nicht an Militär und Rüstungsausgaben gegen ihr Gewissen beteiligen zu müssen. Sie hat den Entwurf für das Zivilsteuergesetz und die beiden Gutachten erwähnt. Der Richter hat erläutert, wie Gesetze im Parlament zustande kommen; er hat sogar ausgerechnet, was ihr durch Pfändung und Säumniszuschläge zusätzlich zur Steuerzahlung an Kosten anfallen würden und gefragt, ob sie das nicht lieber spenden würde um ihr Gewissen zu entlasten, z.B. an das Netzwerk Friedenssteuer, damit das weitere Aktivitäten in Richtung gesetzliche Regelung unternehmen kann.

Der Richter hat dann nochmal ausdrücklich gefragt, ob Barbara die Fortsetzungsfeststellungsklage aufrecht erhalten möchte und damit beantragt, dass durch Revision festgestellt werden solle, ob die Pfändung rechtswidrig war. Barbara bejahte (obwohl ihr das Wort 'rechtswidrig' gegenüber dem FA nicht gefiel). Das FA hat dann beantragt, die Klage abzuweisen.

Nach der Verhandlung habe ich den Richter gefragt, ob er nicht die Möglichkeit einer "Richtervorlage" gehabt hätte, dann käme die Grundrechtsverletzung der Gewissensfreiheit von Barbara direkt vor das Bundesverfassungsgericht. Da meinte er, das sei nicht einfach, und erfordere ganz bestimmte Fakten, die hier nicht vorlägen.

Anna als Kommunikations-Fachfrau hat im Anschluss bestätigt, wie gut die Stimmung bei der Verhandlung war und dass das die beste Voraussetzung ist, die Herzesebene aller Beteiligten zu berühren.

Mein Fazit: Schade, dass wir nicht öfter solche Prozesse haben - wenn es so viele wären, wie damals zwischen 1983 und 1987 bei den Sitzblockaden gegen die Pershingraketen, würde sich auch in den Gerichten etwas bewegen.

Ulla Klotz, München

*) Erica Chenoweth und Maria J. Stephan: Why Civil Resistance Works – The Strategic Logic of Nonviolent Conflicts

Am 10.03.15 ist Barbara das ablehnende Urteil über die Klage gegen die Pfändungs- und Einziehungsklage zugegangen. Sie hat dann eine Nichtzulassungsbeschwerde eingereicht. Diese wurde wegen eines Formfehlers abgelehnt: Sie hatte persönlich unterschrieben – aber das hätte nur eine juristische Vertretung machen dürfen. Diese hatte sie leider nicht rechtzeitig gefunden.

Die Redaktion

Fachtagung: Militärische Drohnen ächten in Köln

Das Bildungswerk der DFG-VK in NRW veranstaltete eine halbtägige Fachtagung zum Thema ‚Militärische Drohnen ächten!‘ (29.11.14). Ich gebe hier die beiden einleitenden Vorträge nach Gehör wieder. Wegen unserer „Drohnen-Aktion 13,21 €“ (s. FN51) nahm ich an dieser Tagung als Lernende teil. Es referierte ein Fachmann der Informationsstelle Militarisierung/IMI, Christoph Marischka. Sein Thema lautete: „Auf dem Weg in den automatischen Krieg? Technisch-politische Aspekte der Drohnenentwicklung.“

Unter dem Stichwort 'technische Rahmenbedingungen' listete er sechs verschiedene Drohnentypen mit Aufklärungsfunktionen auf: die Leistungsfähigkeit reicht von 20 Minuten mit 1000 m bis zu 36 Stunden mit 20.000 km. Einige Typen sind luftgestützt und andere seegestützt (Flugzeugträger). Der leistungsstarke Euro Hawk kann ganz Deutschland erfassen. Oft werden Drohnen in nicht umkämpften Gebieten eingesetzt. Diese Drohnen arbeiten z.T. im Verbund mit Flugzeugen, die gemäß dem Aufklärungsergebnis den Waffenabwurf übernehmen. Diese Typen waren und sind im Einsatz. Vereinzelt kommt es zu Dauerüberflug (Folter?).

Unter dem Stichwort 'Forschung und Entwicklung' wird unterschieden zwischen automatischen und autonomen Drohnen. Das automatische System hat einen vorgegebenen Flugplan, ggfs. zusätzliche Alternativen. Das autonome System hat nur die Zielvorgabe; der Flugplan wird anhand der Aufklärungsergebnisse beim Fliegen selbständig erstellt. Zudem werden die Drohnen mittelfristig bewaffnet.

Unter dem methodisch kognitiven Ansatz erforscht man menschliche und tierische Orientierung und Bewegung. Dabei werden Identifikationsprozesse verfolgt in der Absicht, in einer großen Menschengruppe Einzelpersonen oder Untergruppen (wie Hooligans) erfassen und verfolgen zu können. Angestrebt wird letztlich, Daten von überall her zu erfassen – aus den zivilen Bereichen, um ein umfassendes Lagebild zu erhalten und flexibel darauf reagieren zu können. Entscheidend wird die Qualität der Datenerfassung und Infrastruktur der Kommunikation für die Verarbeitung dieser Datenflut sein. Das führt die Fachleute zu der Schlussfolgerung: The Network is the weapon.

Auch 'Widerstand' war ein Stichwort: In einem Fall erlaubte ein Gemeinderat nicht die Expansion einer Rüstungsfirma auf ein neues Grundstück; auf Sizilien verhinderten Regierungsverantwortliche die Ansiedlung einer Militärbasis; ein Aktivist hingte sich in eine Satellitenschüssel.

Bislang liegt die Kontrolle über Drohnen bei den USA. Wenn demnächst die Kontrolle für Drohnen auf die NATO übertragen wird, bleiben sie weiterhin unter der US- Kommunikationsstruktur.

Fazit: Die autonome Datenerfassung, Verarbeitung zu neue Informationen und deren automatisierte Auswertung schafft eine neue Infrastruktur und verletzt schon bei wirtschaftlicher Nutzung die Menschenrechte. Die militärische Nutzung der autonomen Datenstruktur könnte jegliche Rechtsordnung und politische Entscheidung außer Kraft setzt.

Die IMI hat ihr Wissen zusammengetragen in Fact Sheets; eines davon zu Drohnen-Kriege, veröffentlicht unter: <http://www.imi-online.de/publikationen/fact-sheet/>

Prof. Dr. Norman Paech referierte unter der Überschrift:

„Drohnen und Völkerrecht – Töten ohne Urteil und Kriegserklärung?“

Das Recht hinkt den militärischen Entwicklungen hinterher. Selbst zur Atombombe gibt es keine völkerrechtlichen Regelungen. Diese sind jedoch die wesentliche Voraussetzung für den kontrollierten Einsatz oder für die Ächtung von Waffensystemen. Zu den juristischen Schwierigkeiten gehören die enorm differenzierten Entwicklungen in der Technik und beim Einsatz von Waffen, insbesondere wenn es sich um autonome Systeme handelt, die nach der Zielvorgabe selbständig entscheiden; zudem verschwinden die Grenzen zwischen automatischen und autonomen Waffen. Außerdem weiten sich die Zieldefinitionen ständig aus¹. Paech erwähnt wiederholt die Namen von Juristen, die sich bei der UNO mit solchen Themen befassen: z.B. Christof Heyns, Sonderberichterstatter im UN-Menschenrechtsrat (Bericht über „autonome todbringende Roboter“, Mai 2013)² sowie Philip Alston, Sonderberichterstatter über außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen³ und auch die AG Friedensforschung.

Prinzipiell geklärt sind die Definitionen von Krieg (mit dem Recht zu töten) und von bewaffnetem Konflikt (ohne Recht auf Töten oder militärische Aktivitäten). Dies gründet auf dem Kriegsvölkerrecht

¹ Spiegel-Artikel zu autonomen Drohnen 26.06.14 unter: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/autonome-waffen-roboter-sollen-krieg-ethischer-machen-a-977614.html>

² Mitteilung unter: <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Drohnen/uno2.html>

³ Bericht über gezielte Tötungen, Mai 2010 unter: <http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=1675>

(Haager und Genfer Konventionen). Die Politik habe zu entscheiden, ob neue Waffen juristisch akzeptabel sind.

Humanitäres Völkerrecht unterscheidet zwischen Zivilisten und Kombattanten. Völkerrecht wahrt die Verhältnismäßigkeit: Selbst im Kriegsfall gilt für das Unschädlichmachen des Gegners die vorrangige Gefangennahme von Kombattanten. Aus einer Studie von Prof. Mary Ellen O'Connell, University of Notre Dame Law School⁴, zitiert Paech, dass auf einen getöteten Terroristen durchschnittlich 10 getötete Zivilisten kommen. Diese Unverhältnismäßigkeit sei schon ein hinreichender Grund für die Völkerrechtswidrigkeit von Drohnen; diese Waffen können nicht hinreichend unterscheiden und töten eben doch nicht nur zielgerichtet. In den USA gilt eine gesetzliche Grundlage für den Drohneneinsatz, begründet mit der unmittelbaren Bedrohung (Folge des 11.09.01); der Präsident kann den Einsatz befehlen.

Juristisch ist die autonome Drohne schwer fassbar. Denn die Entscheidung geht auf die Maschine über. Hinzu kommt die Erweiterung des Kampfterritoriums: Der Pilot der Drohne wird Kombattant. Falls er in den USA sitzt, besteht unmittelbare Gefahr für die USA. Da Kombattanten oft schnell die Länder wechseln, werden immer mehr Länder i.S.d. Selbstverteidigung zu Angriffszielen. Nachdem in Hamburg-Harburg Terroristen identifiziert wurden, ist es in dieser Logik möglich, dass die USA Hamburg bombardieren. Die Souveränität von Deutschland bzw. von all den zu Angriffszielen gewordenen Ländern wird fraglich. Bin Laden hätte in Pakistan von der Polizei oder von Soldaten gefangengenommen werden können. Pakistan hat nichts gegen den Terror unternommen, wird somit Angriffsziel und signalisiert eine Zustimmung zum amerikanischen Vorgehen gegen Bin Laden. Das gleiche gilt für andere Länder, die durch ihre Politik zeitweise ihre Souveränität verloren.

Völkerrechtliche Grundlagen für Gewaltausübung sind der Briand-Kellogg-Pakt (1928 Kriegsächtung durch 11 Nationen), das Gewaltverbot und nach 1945 das Verbot von Gewaltexzessen. Das alttestamentarische Tötungsverbot gilt nur für Zivilisten [„Morde nicht!“, i.S.d. Gewalttat gegen Wehrlose; es gilt nicht für Tiere, Notwehr, Krieg]. Das Russell-Tribunal hat die Gaza-Bombardierung für völkerrechtswidrig erklärt.

Fazit: Drohnen verletzen das Völkerrecht wegen der Unverhältnismäßigkeit, der Unkontrollierbarkeit der Maschine und unterlaufen die politische Souveränität. Mein Gesamtfazit: Die vorhandene und sich entwickelnde, autonome IT-Technik schafft eine umfassende, digitale Infrastruktur. Im militärischen Bereich können alle Gesetze und politischen Entscheidungen unterlaufen werden. Wenn nun die Juristei keine analoge Regelung (für Drohnenüberwachung) bereitstellen kann, dann bleibt nur, dass der Staat diesen autonomen Systemen durch Gesetze und durchsetzbare Anwendungsgrenzen Schranken setzt. Dafür müssen wir dem Staat Feuer machen. Da Drohnen anderer Staaten kein Visum vor dem Überfliegen unseres Landes beantragen, müssen wir auch von der internationalen Politik und Rechtsordnung ethische und grundrechtswahrende Regelungen einfordern. Eine sachkundige Hilfe gibt u.a. Yvonne Hofstetter in ihren Büchern.

Hannelore Morgenstern-Przygoda

Leserbrief an die Stuttgarter Zeitung: *Friedensnobelpreis für Heckler und Koch!*

Dankenswerterweise hat die Stuttgarter Zeitung wiederholt darauf hingewiesen, dass Heckler und Koch, die weltweit geschätzte Waffenschmiede aus dem Ländle, nun Gewehre entwickelt hat, die am Feind vorbeischießen. Diese kostspielige und aufwendige Entwicklung ist nicht nur sehr verdienstvoll, sondern zweifellos des Friedensnobelpreises würdig. Ich jedenfalls möchte hiermit das Oberndorfer Unternehmen für eine Nominierung vorschlagen. Es scheint, dass dieses Friedensgewehr insbesondere für die politisch und klimatisch heißen Gegenden wie Naher Osten und Afrika entwickelt wurde. Endlich kann man hierzulande uneingeschränkt Waffenexporten zum Wohle unserer Wirtschaft zustimmen."

Ulrich Kadelbach, Stuttgart, 12. April 2015

„Eines Tages geht Brecht mit einem Freund spazieren und der Freund fragt: Exil, Armut, Angst vor den Nazis, die mühselige Arbeit an den Theaterstücken. Was hat das genutzt? Brecht denkt nach und sagt: Ohne uns hätten sie's leichter gehabt.“

Jean Ziegler in Der Freitag, Nr. 17/2015

⁴ O'Connells Video-Rede zur Bedeutung von intern. Recht und UN am Beispiel von Drohnen, 21.03.13 unter: <https://www.youtube.com/watch?v=WD9vdaAUWl8>

Was sagen die Kirchen zu den Kampfdrohnen?

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten/GKS⁵ orientiert sich allgemein und explizit auch in Sachen Kampfdrohnen an einem Satz aus dem Konzilsdokument 'Gaudium et Spes' Nr.79, den sie als verpflichtend empfindet: „Wer als Soldat im Dienste des Vaterlandes steht, betrachtet sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker; indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des⁶ Friedens bei.“ Dann folgen die speziellen Argumente:

Ethische Grundsätze [...] sind durch die hohe Zielgenauigkeit von Kampfdrohnen besser einzuhalten.

Da allgemein bekannt ist, dass unsere Soldaten sich an den Kriegs- und Völkerrechtsregeln halten, die Gegner diese jedoch fast überall missachten, ist ein 'gezieltes' Vorgehen gegen derartige Kämpfer durch Kampfdrohnen eine wichtige Voraussetzung für die Gewaltminimierung (Schutz der Zivilbevölkerung und der eigenen Soldaten).⁷

'Gezielte Tötungen' sind ethisch und rechtlich verboten.⁸

Eine ähnliche Erklärung von evangelischen Soldaten habe ich nicht gefunden. Wohl aber Aussagen von Renke Brahms, Friedensbeauftragter der EKD vom 14.04.15 (www.ekd.de/aktuell_presse):

„Waffen werden hergestellt um zu töten. Dies gilt auch für Kampfdrohnen.“ Drohnen als Schutz für die Soldaten? „... der beste Schutz ist, sie nicht in militärische Einsätze zu schicken, in denen sie bewaffnete Drohne bedürfen.“ Drohnen machten Kriege leichter führbar, wenn dadurch keine eigenen Soldaten mehr gefährdet würden. Es könnte aber auch zu einem neuen Wettrüsten kommen, wenn andere Länder ebenfalls Drohnen haben wollten. Die Zielgenauigkeit von Drohnen werde deutlich überschätzt, weil sie nicht verlässlich zwischen Kombattanten und Zivilisten unterscheiden könnten.

Am 2.07.14 hatte er schon gesagt, dass die Entwicklung und Anschaffung solcher Drohnen mit immens hohen Kosten verbunden seien. Wir bräuchten viel größere Investitionen in Prävention und zivile Konfliktbearbeitung; das habe unbedingten friedens-ethischen Vorrang. „Wir kommen nicht umhin, die Diskussion auch vor einem völkerrechtlichen Missbrauch durch die USA zu sehen, selbst wenn die Bundesregierung andere Regeln aufstellen sollte.“ Auch könne er die Diskussion „überhaupt nicht nachvollziehen“ solange nicht außerdem über mehr Rüstungskontrolle geredet werde.

Auch hier fällt auf, dass diese Kirchenvertreter nicht erwähnen, dass Militäreinsätze, egal mit welchen Waffensystemen, gegen die christliche Lehre sind. Ihre Argumente sind allgemein- ethischer oder gar rein politischer Art. Sie gehen wohl davon aus, dass ihre Argumente in der Gesellschaft so wie so als christlich angesehen werden, weil sie, als bekannte Kirchenvertreter, diese äußern. Vermutlich funktioniert es tatsächlich so: „Wenn *die* es sagen, ist es okay, weil kirchlich abgesegnet.“ Wieder die Frage: Ist es damit wirklich christlich?

Sollten wir aufhören, uns mit den Volkskirchen zu beschäftigen, da diese bewusst keine Friedenskirchen sein, sondern 'sowohl als auch'-Kirchen bleiben wollen? Ich denke: Nein; denn bei dem 'sowohl als auch' haben wir den Anspruch, nach dem 'sowohl christliche Lehre-Seite' nun viel ernster genommen zu werden als die ‚als auch militärische-Seite‘. Wenn Funktionäre wie Renke Brahms künftig auch das christliche Argument in die öffentlichen Debatten einbringen würden, hätten wir mit unserem Anliegen eine bessere Chance.⁹

Ich lobe mir die kleinen Friedenskirchen, die leider in den Medien nicht gehört werden.

Gertie Brammer

Ich glaube an den Aufstand des Gewissens

Jean Ziegler

⁵ GKS: „Erklärung zum Einsatz von Kampfdrohnen durch die Bundeswehr“

⁶ Welcher Friede, was für Friede ist hier gemeint?

⁷ Wie war das in Kunduz? Es gab ca. 140 tote Zivilisten, keine tote 'derartige Kämpfer'. Wäre eine Kampfdrohne hier umgekehrt, weil er keine Taliban gefunden hätte?

⁸ Wozu sind die Kampfdrohnen denn da? Um daneben zu schießen? Um ungezielt zu töten?

⁹ Im letzten Moment vor Drucklegung dieses Heftes hat Renke Brahms just dies getan, s. Seite 23!

Bericht über die 12. Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden

am 27. und 28. Februar 2015 in Hannover zum Thema:

„Globale Krisen und Konflikte – Strategien und Handlungsoptionen für die Friedensbewegung“

Es nahmen drei Netzwerker teil: Dedo von Krosigk, Michael Held und ich. Es ging hauptsächlich um die globale Problematik der geopolitischen Spannungen und Politik insbesondere der USA, Europas und Russlands. Lokale Konflikte und Kriege können so besser verstanden und im besten Falle auch bewältigt werden.

Wiltrud Rösch-Metzler (Pax Christi) erläuterte, wie es in Folge der fortgesetzten israelischen Vertreibungs- und Besatzungspolitik zur jetzigen völkerrechtswidrigen Lage in Palästina kommen konnte. Sie klagte hierbei auch die westlichen Staaten an, die nie ihre Zusagen zur Konfliktlösung einhielten; schon deshalb ist es für gewaltfrei agierende Menschen auf beiden Seiten schwer bis unmöglich, Fortschritte in Richtung auf einen Ausgleich zu erreichen.

Karl Grobe-Hagel, freier Journalist, erklärte an zahlreichen Beispielen die spannungsgeladene Situation der Länder Ostasiens, die durch teilweise Generationen währende Konflikte und Übergriffe geprägt sei. Von Japan, China, Taiwan bis Korea, Vietnam und den Philippinen reichten die zwischen- und innerstaatlichen Spannungen, und fast stets seien die USA politisch und militärisch beteiligt. Die gesamte Region bürge ein erhebliches Kriegsrisiko.

Schließlich referierte Björn Kunter, Ukraine-Projekt Koordinator der *KURVE Wustrow*, über die dort drohende Spaltung. Aus eigener Anschauung stellte er die verschiedenen Ebenen der Auseinandersetzung dar: ethnische Rivalitäten, Kampf gegen die überall präsente Korruption und für einen demokratischen Wandel, militärischer Kampf um die wichtigen Industriegebiete im Osten wie um die „Kornkammer Russlands“. Zivile Krisenpräventionskräfte der OSZE sollten rasch und in ausreichender Stärke entsandt werden; Soldaten und Miliz bräuchten eine Struktur für zivile Reintegration; KDV und Deserteure müssten unterstützt werden; die Wirtschaft des Landes benötige Investitionen, v.a. in die Entwicklung alternativer Energien; zivilgesellschaftliche Partnerschaften seien nötig, um die Korruption zu bekämpfen und den demokratischen Aufbau voran zu bringen. NGO hätten hier schon bisher eine wichtige Rolle gespielt.

Im Podium am Nachmittag kamen Methoden der zivilen Konfliktbewältigung zur Sprache. Diese sind durchaus unspektakulär, sie müssen langfristig vorbereitet und trainiert werden, mit inländischen Gruppen der Zivilgesellschaft (Ausbildung u. a.) zusammenarbeiten und Alternativen zur Militärpolitik entwickeln. Wege der Finanzie-

rung im Inland müssen gefunden und unterentwickelte Instrumente gefördert und bestärkt werden.

Weitere Vorträge beschäftigten sich mit Wirtschaft und Konflikte, so wie Dimensionen einer internationalen Friedenskultur. Zitat: „Kunst und Kultur sind immer politisch und gefährlich. Sie präsentieren Symbole des Friedens. Ökonomie hat keine Moral“.

Die Vorträge und Diskussionen erlebte ich als bereichernd, vor allem um Wissen über Zusammenhänge von Geschichte, Geopolitik der Großmächte und Mechanismen der Konflikt- und Friedensbildung zu gewinnen. Ein gemeinsame Strategie wurde, soweit ich das erkennen konnte, nicht entwickelt. Den einzelnen der 67 Mitglieder der Kooperation für den Frieden gab das Treffen einschließlich der Vorträge sicherlich Impulse und Ermutigung für ihre Weiterarbeit.

Wolfgang Steuer, Trossingen

Jochen Hippler, Politikwissensch. u. Friedensforscher, hielt einen Vortrag zum Thema „die Dimension des Globalen“ in der Friedensarbeit. Wer dies nachlesen will, auch die anderen Beiträge und die Ergebnisse der AGs: www.koop-frieden.de.

Zur Dimension des Globalen gehört auch die internationale Zusammenarbeit mit alternativer Ökonomie und Ökologie (mit dem sich auch unsere letzte Jahrestagung befasst hat, s. Seite 16). Aus diesem Vortrag ging eine AG „Ökonomische Alternativen angesichts von endlichen Ressourcen, Klimawandel und Bevölkerungswachstum“ hervor, welche zu diesem Thema weiterarbeitet.

Dieser neue Zugang und neue Blickwinkel kommt gerade zum richtigen Zeitpunkt. Die Kooperation muss Wege der Auseinandersetzung um 'die neuen Montagsdemonstrationen' (s. unten) und um die Konflikte in der Einschätzung der Ukraine-Krise entwickeln. Wir müssen in unseren Überlegungen und Konsequenzen sehr viel mehr die ökonomischen und ökologischen Tatsachen zur Kenntnis nehmen, die Ursachen dieser Krisen sind. Die politische Mächte sind nur Folgen bzw. Erfüllungsgehilfen der Wirtschafts'mächte'. Wen wundern die sozialen Spannungen, die dadurch entstanden sind, dass binnen weniger Monate nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion deren gesamte Wirtschaft von sogenannten Oligarchen 'übernommen' wurde. Sie betrieben ihre Geschäfte ohne Rücksicht auf die zivilgesellschaftlichen und ökologischen Folgen...

Die nächste Strategiekonferenz wird 19./20. Febr. 2016 in Leipzig stattfinden.

Michael Held, Bad Hersfeld

'Friedenswinter'

Ein Zerwürfnis geistert seit Mai letzten Jahres durch die Friedensbewegung. Und das kam so: In der eskalierenden Ukraine-Krise prallten unterschiedliche Interpretationen aufeinander. Diese Debatten wurden nicht in angemessener Sorgfalt geführt, sondern überlagert von einem unerwarteten Auftauchen einer neuen Friedensbewegung, den sogenannten „Montagsdemonstrationen“. Hier traten Redner auf, die einigen alten Hasen der Friedensbewegung unbekannt oder zum Teil suspekt waren. Es gab in den Diskussionen im Kooprat (der Kooperation für den Frieden) keine einhellige Einschätzung, weil diese Demos sehr unterschiedlich beurteilt wurden: von blauäugig-verschwörungstheoretisch bis rechtsradikal, rassistisch oder sogar offen antisemitisch und anti-islamisch. Anstatt es nun den regionalen Diskussionsforen zu überlassen, wie sie jeweils reagieren, versuchten Hauptwortführer in der alten Friedensbewegung, generelle Beschlüsse über mögliche Zusammenarbeit bzw. Unvereinbarkeit durchzudrücken, was dann zu den eingangs erwähnten Zerwürfnissen und Verletzungen führte. Es gab im Oktober eine Zusammenkunft der alten Friedensbewegung mit einigen prononcierten Vertretern der neuen, und es wurde ein gemeinsamer 'Friedenswinter' mit Demos in Hamburg, Berlin, Heidelberg, Düsseldorf, Leipzig und München - abgesprochen. Welche auch stattfanden, aber die Erwartungen an neue Dimensionen der Teilnehmerzahlen und öffentlichen Wirkung nicht erfüllten.

So ist jetzt die Luft raus aus der ganzen hektischen Betriebsamkeit, deren Folge persönliche Verletzungen und so dusslige Unterstellungen brachten, dass sie dann doch den Kooprat wieder zusammenbrachten: Der 'Friedenswinter' ist passé. Es soll nun doch vor Ort entschieden werden, ob es dort eine gemeinsame neue Friedensbewegung gibt, was ja ein langersehnter Traum von uns Alten ist. Oder nicht, oder ob es nur ein kurzes Aufborsteln ist, das schnell wieder vergeht.

Ich fände wichtig, dass Sie wahrnehmen, wie es in Ihrer Region aussieht. Und wir uns darüber austauschen können. Für mich steht im Vordergrund: die nach vorne gerichtete Zusammenarbeit von alten und neuen Friedensbewegten mit der alternativen Ökonomie- und Ökologiebewegung, um eine gemeinsame Bewegung der globalen solidarischen Gesellschaft zu erreichen. Auf unserer Jahrestagung (s. Seite 17) haben wir beschlossen, dies anzustreben. Wir wollen in der eigenen Region mit den Veränderungen anfangen, die wir global dringlichst brauchen.

Michael Held

Vom 26.-28. Sept. 2014 fand in einer Jugendherberge in Köln-Riehl unser Arbeitstreffen statt. Die Ergebnisse flossen zur Abstimmung in die Jahrestagung vom 13.-15. März 2015 in Imshausen ein.

Daher folgt hier ein **Bericht über die Jahresmitgliederversammlung 2015**.

Am Anfang hielt Klaus Simon ein Referat zu seinem Buch „Zwickmühle Kapitalismus – Auswüchse und Auswege“ (empfehlenswert!). Die sehr gute Präsentation kann bestellt werden bei: kl-simon@gmx.de. Aus dem Vortrag zapften wir mehr Bewusstsein für größere Zusammenhänge; denn 'Frieden' gibt es nicht in einem luftleeren Gesellschaftsraum (s. unten, Punkt c).

Gudrun Rehmann empfiehlt noch ein weiteres Buch zu diesem Thema: „Wirtschaft zwischen Demokratie und Verbrechen“ von Hans See.

Als Gäste durften wir begrüßen: Karl-Heinz Fritz und Renate Auerswald aus Bad Camberg.

'**Vernetzung**' war schon immer, und ist nun noch stärker, ein großes Thema.

- a. Die AGDF (s. auch Seite 7) hat unseren Antrag auf Mitgliedschaft abgelehnt wegen unserer 'einseitigen Ausrichtung' (Zivilsteuergesetz als einziges Ziel und – nun, uns fehlt ja das 'sowohl als auch' ...). Wir haben jedoch den Gaststatus bekommen. Ria Makein vertritt uns im Fachbereich I der AGDF: Lokale und regionale Friedensarbeit.
- b. Wir haben mit dem *Zivilen Friedensdienst* / ZFD Zusammenarbeit beschlossen. Wenn wir die Einführung eines Zivilsteuergesetzes erreichen, ist das eine sehr gute Werbung für die Forderung nach einer viel besseren Ausstattung der Zivilen Friedensdienste.
Bei allen Unterschieden (ZFD bekommt staatliche Finanzierung für Ausbildung und Einsatz von Friedensfachkräften und muss sich daher an staatlichen Regelungen halten; unser Netzwerk ist ein rein spendenfinanzierter Verein, dafür aber unabhängig) gehen unsere Ziele klar in die gleiche Richtung: Mehr Steuern für Frieden als für Militär. Robert Antoch vertritt uns beim ZFD.

- c. Wir unterstützen die *Akademie Solidarische Ökonomie*, deren Erklärung vom 2.11.14 (ebenfalls in Imshausen zustande gekommen) wir in unser Selbstverständnis aufnehmen. Kurzfassung der Erklärung: Die Wirtschafts'ordnung' in der wir leben (müssen), übt Zwang aus auf die Entstehung und Ausprägung von Konflikten weltweit. In diesem System herrscht auf allen Ebenen Gewalt die dazu führt, dass die Menschen sich permanent global bekriegen. Es gibt aber Alternativen zu dieser Form der Selbstzerstörung. Wir können die kapitalistische Wirtschaftsform, die die Gewalt als innersten Antrieber hat, überwinden durch Gemeinwohl-orientierte, solidarische, umwelt- und ressourcenschonende Wirtschafts- und Handelsformen. Es ist notwendig, dass Friedensbewegung und alternative Ökonomie- und Ökologiebewegung weltweit zusammenarbeiten um eine Breitenwirkung zu erreichen. Diese Revolution wird gewaltfrei oder gar nicht stattfinden – von unten und von innen heraus. Beginnen wir bei uns selber – beteiligen wir uns in Nachbarschaften und Regionen an alternativen Lebensformen, die es schon vielerorts gibt. Michael Held vertritt uns bei der Akademie Solidarische Ökonomie. (Langfassung auf unserer Internetseite unter ...)
- d. Wir wollen versuchen, die Partei Die LINKE stärker zu interessieren, solange sie noch eine pazifistische Partei ist.
- e. Wie schwer es manchmal ist, zu einer glücklichen Vernetzung zu kommen > s. Seite 16, 'Friedenswinter'.

Bei aller Zusammenarbeit besteht daher Bedarf an ein deutliches Leitbild unseres Netzwerkes, womit wir uns bei anderen Organisationen, PolitikerInnen oder vor Gericht vorstellen können. Sie finden es auf Seite 18 und auf der Internetseite. Ein Begleitschreiben kommt in Kürze noch hinzu.

Vorstands- und Geschäftsbericht finden Sie ebenfalls auf der Internetseite. Der Haushaltsplan von 2014 wurde einstimmig angenommen; der Vorstand entlastet. Vorstand und Prüferin Lina Hoffmann bekamen großes Lob und schon ging es weiter mit Haushaltsplan 2015. Die Gemeinnützigkeit ist auch weiterhin wieder gegeben: bis 2018.

Die **Internetseite** soll neu gestaltet werden. Ideen und Wünsche dazu kann jede/r bis Oktober 2015 bei Friedrich Heilmann äußern, der sehnsüchtig darauf wartet. Mit mehreren darauf schauen ist fruchtbarer, als wenn ein Mensch allein das tut! Eine Neuerung ist schon jetzt, dass Sie, wenn Sie unterlagen zur Verteilung oder für das Finanzamt o.ä. ausdrucken, darauf ein QR drucken können. Damit kann der Empfänger dann ganz schnell auf unsere Internetseite landen.

Unsere **Briefmarke** mit dem neuen Wert von 62 Cent kann weiterhin zum Preis von 75 Cent bestellt werden bei Gerlinde Rambow, Lina Hoffmann oder Gertie Brammer (s. Rückseite). Apropos Briefmarke: Kurz bevor die Bundeswehr-Briefmarke letzten Sommer herausgegeben wurde, schrieb Wolfgang Steuer an Finanzminister Schäuble:



Sehr geehrter Herr Dr. Schäuble, mit Verwunderung haben wir wahrgenommen, dass Ihr Ministerium im Juni eine Briefmarke „Bundeswehr – im Einsatz für Deutschland“ herausgeben wird.

Wir vom Netzwerk Friedenssteuer möchten klarstellen, dass die out-of-area-Einsätze der Bundeswehr nicht mit der Verfassung unseres Landes vereinbar sind, wie dies in Art. 84a, Satz 1 und 2, festgeschrieben ist. Auch lehnt eine Mehrheit der Bevölkerung, wie Umfragen immer wieder bestätigen, etwa die „Verteidigung Deutschlands am Hindukusch“ ab. Also sollte die Marke Tausende zivilen Opfer des Militäreinsatzes in Afghanistan, nicht nur in Kunduz, erwähnen; oder auch der Satz „Im out-of-area-Einsatz gegen Verfassung und Mehrheitsmeinung wäre ehrlicher als der beschönigende Text des Markendesigners“.

Bezahlen wir Bürger nicht alle die Herstellung dieser Marke? Wann werden Sie eine Marke zur Förderung des Zivilen Friedensdienstes in Auftrag geben? Bekanntermaßen hinterlassen die Einsätze der Menschen in waffenlosen Friedensmissionen keine verletzten oder getöteten Menschen, denn sie sprechen mit den Betroffenen, anstatt „die Waffen sprechen zu lassen“.

Mit der Bitte um Berücksichtigung unserer Anregung und freundlichen Grüßen,

Dr. med. Wolfgang Steuer

Die Antwort lautete

„...Ihre Anregung, eine Briefmarke zur Förderung des Zivillen Friedensdienstes in Auftrag geben, habe ich an das für Postwertzeichen im Bundesministerium der Finanzen zuständige Fachreferat weitergeleitet.“ Auf die Kritik wurde erwartungsgemäß nicht eingegangen.

Am Samstagabend erlebten wir eine anregende Diskussion mit unseren Gästen über die Frage: Wie bringe ich meine Minderheitenmeinung und -forderung an die Führungsetagen von Kirche und Politik am besten an? Weder als Einzelkämpfer noch als Verein gibt es bisher nennenswerte Erfolge. Nur, dass wir im Verein wohl doch einen etwas längeren Atem haben und reichlich Humor entwickeln können ...

Zum lustigen Schluss: Unser Verein ist plötzlich reicher, als wir ahnten. Nur: Wie kommen wir an diesen Schatz heran? Lesen Sie hier weiter!

Die Redaktion

Das Treuhand-Anderkonto – unser neuer Goldesel?

Unser Anderkonto 'Friedenssteuerinitiative' wird seit etwa 1983 von einem Anwalt verwaltet. Viele Friedensbewegte haben darauf Beträge hinterlegt, die aus verweigerten Steuern stammen – Einkommens-, Lohn-, Umsatz-, vielleicht auch Vergnügungsteuern – weil Friedensarbeit ja das reine Vergnügen ist.

Nun ist unser treu sorgender Anwalt in den Ruhestand gegangen und möchte, verständlich sein Wunsch, auch diese Verantwortung abgeben. Nichts leichter als das - wir suchen gschwind einen neuen Anwalt oder Anwältin, der oder die unsere Konten treuhänderisch verwalten soll.

O.k. - mit der Einschätzung 'gschwind' lagen wir daneben. Aber eines Tages hat's geklappt*, und wir dürfen mit juristischer Kompetenz neue Konten – ein Giro- und ein Sparkonto – eröffnen. Oder auch ein Tagesgeldkonto, um die lästigen Kontogebühren wenigstens einmal zu sparen. Natürlich bei einer ökologisch-sozial-ethisch arbeitenden Bank.

Das Guthaben aus hinterlegten Beträgen, die seit gut 15 Jahren nicht mehr zurück verlangt wurden, also als vergessen oder mutmaßlich gespendet gelten dürfen, hat der Herr Anwalt aufs Vereinskonto überwiesen. Sehr nett, denn der Verein freut sich, wenn er seine zum Teil nicht billigen Vorhaben leichter finanzieren kann.

Geht aber nicht! Denn zum einen können ja Scharen von friedliebenden Menschen mit ihren Einzahlungsbelegen antanzen und die Rückzahlung verlangen. Das wäre eigentlich kein Problem für den nun wohlhabenden Verein, aber die Rücküberweisung darf nur die neue Anwältin / der neue Anwalt vornehmen, und zwar nur von bisherigen, neuen oder sonst welchen treuhänderisch verwalteten Anderkonten des Vereins. Fazit, das ist doch klar: das zwischengespeicherte Guthaben muss wieder zurück auf neue Spar- und Girokonten überwiesen werden, damit es der anwaltlichen Aufsicht unterliegt und legal korrekt verwaltet werden kann.

Da es aber in mehreren Ordnern, die beim bisherigen Anwalt lagerten, keine klaren Angaben über die Herkunft der meisten, überwiegend kleineren Beträge gibt, vieles von kleinen Genossenschaften oder Gruppen eingezahlt wurde usw., ergibt sich nun die Frage: Wie sollen die ‚Gläubiger‘ des Vereins informiert werden?

Ja, da müssen wir wohl eine gut sichtbare Annonce im Bundesanzeiger platzieren und Einzahlerinnen und Einzahler an ihre Pflicht zur Rücknahme der hinterlegten Einzahlungen erinnern. Wie, der Bundesanzeiger veröffentlicht nur neue Gesetze und BT-Protokolle? Wer erinnert die vielen Menschen dann? Vielleicht das Amtsblatt in der Gemeinde des Vereinssitzes, die kontoführende Bank, oder wer?

Und wenn sich niemand meldet, oder viel zu wenige? Lassen wir die Gelder in den Konten vergraben, bis auch die Enkelkinder testamentarisch erklären, dass sie nicht beabsichtigen, noch Forderungen zu stellen?

Da, die Lösung: wir warten auf die nächste Inflation, dann erledigt sich das Problem von selbst. Und wir haben nichts falsch gemacht.

Wolfgang Steuer

***) Selbstverständlich können sich jetzt alle 'GläubigerInnen' bei Wolfgang Steuer melden (s. Rückseite). Wir zahlen gerne zurück!**

**Das neue Anderkonto wird von RAin Susanne Besendahl, Freiburg, verwaltet:
Netzwerk Friedenssteuer e.V.
IBAN DE44 4306 0967 7902 2287 01
BIC GENODEM1GLS, GLS Gemeinschaftsbank e.G.**

LEITBILD des Netzwerk Friedenssteuer e.V.

Vision:

- Jede Bürgerin und jeder Bürger erkennt: Auch die Zahlung von Steuern in den Verteidigungshaushalt ist Kriegsdienst.
- Jede Bürgerin und jeder Bürger erhält die rechtliche Möglichkeit einer Entscheidung zwischen Verwendung seiner Steuern nur für zivile oder auch für militärische Zwecke.

Unsere zentrale Erklärung:

„Ich trete für eine gesetzliche Regelung ein, nach der niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Stattdessen ist die Verwendung dieser Zahlungen für zivile Aufgaben sicherzustellen.“

Wer wir sind und was wir wollen:

Wir sind Menschen, die es nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können, zwar den Waffen-dienst abzulehnen, aber Steuern für Militär, Rüstung und Krieg zu zahlen. Wir wollen das Recht bekommen, zwischen Zivilsteuer und Militärsteuer zu wählen. Für diese Wahlfreiheit haben wir gemeinsam mit Fachleuten ein Zivilsteuergesetz erarbeitet.

Wege:

- Bewusstseinsbildung durch Öffentlichkeitsarbeit in Form von Vorträgen, Tagungen und Publikationen
- Lobbyarbeit in Politik und Gesellschaft
- Dialog mit den Kirchen, damit diese sich öffentlich für die Einführung des Zivilsteuergesetzes einsetzen sowie Militärsteuerverweigernde in der gleichen Weise beraten und begleiten wie bei der Verweigerung des Waffendienstes
- Vernetzung mit anderen Basisbewegungen
- Beratung und Begleitung von Militärsteuerverweigernden bei Finanzämtern und Gerichten
- Diskussion juristischer Wege und Entwicklungen mit Fachkräften
- Zusammenarbeit mit Initiativen gleicher Zielsetzung in anderen Ländern sowie mit Conscience and Peace Tax International (CPTI).

Organisationsform:

Wir sind ein Verein mit anerkannter Gemeinnützigkeit. Der Verein beauftragt Arbeitsgruppen und Einzelne, an der Aufgabenumsetzung eigenverantwortlich mitzuwirken.

Wir sind überkonfessionell und weltanschaulich neutral organisiert und suchen Entscheidungen im Konsens.

Leserbrief (es mögen mehrere folgen!)

Das unverstandene Glück

'Zum Frieden um-Steuern', das war vor Jahren ein Kampagnentitel des *Netzwerk Friedenssteuer* und sollte durch die darauf folgende Aufklärung eine umso größere Leuchtkraft bekommen, nämlich die aufregende Verkündigung einer **schmerzlosen Entlastung vieler Gewissen** durch die Möglichkeit einer Umwidmung seines persönlichen Steueranteils für Rüstung und Militär. Es war - und ist noch - die Verwirklichung eines weitest verbreiteten Wunsches nach schrittweiser Realisierung von **Frieden** - ohne Waffen! Weil die jetzt bestehenden und treibenden Machträger sich dem tiefgründigen, demokratischen Bedürfnis der Volksmehrheit nach und nach beugen müssten. Die Umwidmung des eigenen Steueranteils soll keine ferne Utopie bleiben, sondern nach einer schon jetzt denkbaren Abstimmungsphase zu selbstverständlicher Steuerverwendung - nach sozial-ethischer **oder** militant-sicherheitlicher Auffassung. Dazu sind schon vor einiger Zeit kluge gesetzliche Voraussetzungen geschaffen und rechtlich wasserdicht gemacht worden.

Trauriger weise sind gewaltige Lobbymächte bislang ganz ungeniert am Werk, gegen den Bevölkerungswillen die bestehenden, hochgerüsteten Verhältnisse beizubehalten.

Noch ein ganz entscheidender Gedanke: Im begonnenen neuen Jahrtausend sind die weltweiten Natur- und Umweltkatastrophen gigantisch angewachsen. Es bedarf **keinerlei** weiterer kriegerischer Auseinandersetzungen! Die Staaten sind schon jetzt mehr als 'ausgelastet', noch dazu mit sozialen Konflikten, welche zu lösen alle Kräfte in Anspruch nehmen! Besinnen wir uns am Beispiel *Netzwerk Friedenssteuer* eines Frieden schaffenden geistvollen Menschheitsprojekts!

Ein Bild dazu: Manch unsinnigem Treiben von uns Menschen stehen noch zahllose ungenützte, sinnvolle Möglichkeiten gegenüber. Ein Blick auf viele zweifelhafte technische Beglückungen genügt, um weit vernünftigeren zwischenmenschlichen Aktivitäten auch nur zu ahnen. Dazu zählt der eingeschlagene und begonnene Weg vom Zivildienst - seligen Angedenkens - über die vorgesehene Zivilsteuer bis zur RÜSTUNGS-FREIEN menschlichen Gesellschaft.

Walter Heiter, Henfenfeld, im November 2014

Anschub-Konferenz für CPTI, 28. – 29. März 15 in London



Der Verein Conscience and Pearce Tax International / CPTI, der zeitweilig mal neben der Spur war, is on the road again! Wie schon beschrieben in FN 50, war CPTI von Belgien nach England „umgezogen“ und dort als gemeinnützige Organisation anerkannt worden. Dann kamen durch den Tod von Roy Prockter die Aktivitäten weitgehend zum Erliegen. Diese internationale, jedoch interne CPTI-Konferenz sollte frischen Wind bringen; sie nahm den Vorstandsbericht 2013 – 15 entgegen; ferner fand die Mitgliederversammlung statt.

Diese Anschub-Konferenz von nur einem Tag mit Übernachtung motivierte die Friedenssteuer-Freunde, wieder aktiv mit CPTI zusammenzuarbeiten und sich als aktiven Teil dieser Dachorganisation zu verstehen. 15 Menschen aus sechs Ländern folgten der Einladung und schließlich auch der Bitte, Aufgaben zu übernehmen. Jetzt gibt es eine AG Public Relations (nach außen) und eine AG Kooperation mit der internationalen Friedensbewegung. Friedrich Heilmann* ist federführend für die interne Kommunikation mit den nationalen Friedenssteuer-Organisationen. Einen anderen Schwerpunkt bildet die Lobbyarbeit bei der UNO. Der Genfer Jurist Christophe Barbey wird die Arbeit in Genf beim Menschenrechtsrat und anderen Organisationen zusammen mit dem CPTI-Vorstand wieder voran bringen. Er präsentierte uns einen Überblick über die dortigen Strukturen und 'Eingriffsmöglichkeiten'; auf dieser Grundlage wird mit dem Vorstand ein Arbeitsplan formuliert. Derek Brett, der frühere Delegierte in Genf, hatte bereits vorab versprochen, wesentliche Teile für den 4-Jahresbericht zu liefern, damit im Mai sichergestellt werden kann, dass CPTI weiterhin als NRO mit Beraterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat anerkannt wird. In New York muss noch sondiert werden, um eine(n) CPTI-Delegierte(n) zu finden.

Kurz vor der Konferenz war es dem Schatzmeister, Robin Brookes, gelungen, ein neues Konto einzurichten. Zunächst wollten die Banken nicht akzeptieren, dass nur eine Person im CPTI-Vorstand in England ansässig ist. Bei der Konferenz erklärten sich zwei weitere englische Freunde bereit, das Zeichnungsrecht zu übernehmen, was die Banken zufriedenstellt und für CPTI eine Sicherheit ist; denn im neuerlichen Notfall kann jemand vor Ort die Bankgeschäfte fortführen. Das bisherige Bankguthaben ist noch nicht verfügbar, da der bestellte Nachlassverwalter seine Arbeit mit der Firma von Roy Prockter noch nicht abgeschlossen hat. Solange keine kostenpflichtigen Aktivitäten durchgeführt wurden, verursachte das keine Probleme. Jetzt wurde ein Haushaltsplan aufgestellt mit Ausgaben in Höhe von 3.552 GBP und Einnahmen in Höhe von 6.990 GBP*.

Durch die Transformation müssen die nationalen Friedenssteuer-Organisationen ihre Mitgliedschaft neu beantragen. Das werden die Beteiligten nun veranlassen und auch um einen freiwilligen Beitrag bitten. Zwei Mitgliedsanträge wurden noch während der Konferenz vorgelegt. Und während der Konferenz passierte das schon oft beobachtete 'Übliche': Der internationale Austausch beflügelte die Beteiligten, auch zum sofortigen Engagement. Die beiden erstmalig beteiligten Männer aus Norwegen und Dänemark fingen Feuer und äußerten ganz vorsichtig, dass sie zu Hause dafür werben wollen, die nächste oder übernächste Internationale Konferenz / IK für alle Friedenssteuer-Organisationen auszurichten. Für die nächste IK ist das Jahr 2017 ins Auge gefasst.

Die zu Beginn der Konferenz geäußerten Erwartungen wurden in überraschend hohem Maße als erfüllt betrachtet; das gibt auch dem Vorstand neuen Auftrieb.

Hannelore Morgenstern-Przygoda / Dietmar Czerny / Friedrich Heilmann

Spenden für eine starke Basis von CPTI auf unser Vereinskonto erbeten! (Seite 24)

Conscience and Peace Tax International
c/o Conscience UK, Archway Resource Centre, 1b Waterlow Road, London N19 5NJ, United Kingdom
Internet: www.cpti.ws

*) Friedrich Heilmann wird immer dann, wenn es Neues von CPTI zu berichten gibt, eine Newsletter in englischer Sprache rundmailen. Wenn Sie diese Informationen erhalten möchten, melden Sie bitte ihre eMail-Adresse bei ihm an: heilmann@friedenssteuer.de. Es gibt schon 78 Anmeldungen.

Zum Gedenken an Sepp (Josef) Rottmayr

01.04.1936 - 18.11.2014

„Wenn viele was zusammen tun, dann lässt sich mehr erreichen“, unter diesem genossenschaftlichen Motto stand Sepps Berufsleben. In Praxis und in Büchern arbeitete er daran, wie verschieden qualifizierte Menschen gleichberechtigt, selbstständig und partnerschaftlich in einem gemeinsamen Wirtschaftsunternehmen zusammenarbeiten können. Die Berufserfahrung war ein Motor für seine Friedensarbeit.

Er war aktives Mitglied der Friedensbewegung: Netzwerk Friedenssteuer e.V., Pax-Christi-Gruppe Gewaltverzicht, Münchener Sicherheitskonferenz Verändern e.V. (u.a. Vorstandsmitglied).

Seit 1986 verweigerte er die Zahlung von Steuern für militärische Gewaltanwendung. Im Oktober 1996 nahm Sepp erstmals an einem Treffen von Verweigernden in Düsseldorf teil. Sepp war Gründungsmitglied des Vereins Netzwerk Friedenssteuer e.V. (2003), dem er als Geschäftsführer bis 2007 mit größter Sorgfalt zum Laufen verhalf. Statt sich im wohlverdienten Ruhestand auszuruhen, schloss er sich als treibende Kraft der Arbeitsgruppe „Rechtswege“ an.

Intensiv beschäftigte er sich mit der theologisch-kritischen Reflexion der christlichen Argumente, insbesondere der humanitären Schutzverantwortung, die angeblich militärische Gewaltanwendung nicht gänzlich ausschließe. Sein Glaube hielt dagegen: Wer die göttliche Erlösung angenommen hat, ist zur Leidübernahme bereit und wird sich nötigenfalls selbst opfern statt zu Gewaltmitteln zu greifen. Dass Jesus bei seiner Gefangennahme nicht den Beistand von 12 Engel-Legionen vom Vater erbat, ist ein Modell für die Opferbereitschaft und die daraus folgende Erlösung von Gewaltanwendung. Im gewalttätigen Krisenfall gehörte für Sepp wenigstens die neutrale Beobachtung und im weitest gehenden Fall auch das sich als Geisel zur Verfügung stellen als Zeichen der eigenen Gewaltminderung dazu. Er kritisierte deutlich, dass sich Menschen mit Waffen und Gewaltmitteln ausstatten, und das in seiner finanziellen Mitverantwortung. Das Entscheidende ist die Liebe, die universale Bindekraft, die göttliche Urkraft, die es ermöglicht, mit allen anderen Menschen in einem Friedensverhältnis zu stehen.

Unermüdlich hat Sepp daran mitgearbeitet, gesetzliche Texte, Regelungsvorschläge und das Zivilsteuergesetz zu entwickeln. Auf seine Initiative hin hat die Internationale Konferenz für Militärsteuer-Verweigerung und Friedenssteuer in Woltersdorf (bei Berlin) 2006 das Recht auf Gewaltfreiheit gemeinschaftlich formuliert: "Jeder Mensch ist frei, militärische Gewalt abzulehnen. Deshalb darf niemand gezwungen werden, sich an militärischer Gewalt direkt oder indirekt zu beteiligen."

In den Friedenssteuer Nachrichten vom Dezember 2008 beschrieb Sepp seine Wirkung auf manche Mitmenschen: die Wahrnehmung, ein Spinner zu sein, formulierte er in seiner Vagener Muttersprache so: andere meinen, dass wir „bissl arg Gspinnerte san – Friedensbewegte halt, erfolglos, aber mia san mia und – san selig gepriesen“.

In den Wochen im Krankenhaus erlebten einige Netzwerk-Freunde mit Sepp ruhige und wechselseitig tröstliche Stunden. Selbst in dieser Situation schrieb er einen weiteren Brief an Bischof Marx/Deutsche Bischofskonferenz, in dem er abermals seine Positionen klar aus seiner christlichen Überzeugung heraus begründete (Seite 4).

Die schwere Krankheit hat uns einen liebevollen und bedächtigen Freund genommen. Die Spuren dieses engagierten Mannes werden bei und in uns bleiben.

Hannelore Morgenstern

Seelengottesdienst für Sepp Rottmayr in der Kirche von Vagen am 22.11.2014

Eine große Gemeinde war zur Trauerfeier mit Messe in die schöne Vagener Dorfkirche gekommen. Da sich Sepp in einigen Vereinen am Ort engagiert hatte, und natürlich vor allem durch seine gerade, selbst in kritischen Fragen warmherzige Art, kannte ihn wohl jeder am Ort und nahm betroffen von ihm Abschied.

Ansprache und Predigt des Priesters wurden von einem kleinen Männerchor und einem Hackbrettensemble umrahmt – eine Freude, sie in der Tradition ihrer Heimat musizieren und singen zu hören. In die Messe eingebettet konnte ich einen Nachruf für das Netzwerk vortragen. Dann schritt die Trauergemeinde unter den Klängen eines Bläserquartetts zum offenen Grab. Die festlichen, nicht nur melancholischen Klänge der Bläser begleiteten uns bis wir den Kirchhof in Richtung des Dorfgasthauses verließen, wo Sepp's Familie die große Schar der Verwandten und Freunde – wir waren sieben Friedenssteuerleute – zur Mahlzeit eingeladen hatte. Die Herzlichkeit der Kontakte mit Sepps Frau und Kindern, die schönen Klänge der Instrumente und Sänger und viele weitere gute Erinnerungen begleiteten mich auf dem Heimweg.

Wolfgang Steuer

Zum Gedenken an Dirk Panhuis

20.09.19941 – 16.02.2015

Noch bevor sich der CPTI-Vorstand mal wieder im Hause Panhuis traf, bat mich Dirk, ihm ein Schulbuch aus Köln mitzubringen, nämlich eine Latein-Grammatik. Ich wage nicht genau zu sagen, was ich so bei mir dachte, aber ich erfuhr dann, dass auch der Pensionär immer noch aktiv seiner Sprachleidenschaft nachging und nahm zur Kenntnis, dass lateinische Grammatiken nicht vom Himmel fallen, sondern von Menschen wie Dirk erarbeitet und ständig erneuert werden. Auf dieser Seite seiner Vita steht: Dirk Panhuis studierte klassische Philologie und promovierte in Sprachwissenschaft (USA). Er war Assistent und wissenschaftlicher Sekretär des Instituts Supérieur Pédagogique in Kananga (DR Kongo) und blieb dem Institut für Sprachwissenschaft der Universität von Michigan verbunden. Er lehrte klassischen Sprachen am Königlichen Atheneum in Leuven und Diest bis zu seiner Pensionierung. Einige lateinische Grammatiken sind unter seinem Namen erschienen. Auf sein Buch *Latin Grammar*, 2013, eine moderne Grammatik für Lehrkräfte, wird sogar von seiner amerikanischen Promotions-Universität hingewiesen. Es wurde ins Deutsche übersetzt und ist seit 2015 als eBook erhältlich.



Auf der anderen Seite seiner Vita steht die umfangreiche Friedens- und Kirchen-Arbeit. Ursprünglich war Dirk aktives Mitglied der belgischen Friedenssteuer-Kampagne, Aktie Vredesbelasting/VRAK. Diese hat allerdings in den letzten Jahren kaum noch Zulauf und aktive Unterstützung – wie viele Friedenssteuergruppen in anderen Ländern auch.

2002 wurde ich Nachfolgerin von Christa Voigt im CPTI-Vorstand und lernte ich Dirk als Geschäftsführer von CPTI kennen. Er war seit der Gründung im Jahr 1994 der Dreh- und Angelpunkt. Ohne seine Zuverlässigkeit konnte ich mir die Arbeit in diesem Gremium mit 7- 8 Leuten aus 6 – 8 Ländern nicht vorstellen. Wenn wir ihn nur ließen, führte er uns in einem festen, sicheren Stil durch die viel zu kurzen Vorstandssitzungen. Dazu trafen wir uns etliche Jahre in Genf – parallel zur dort tagenden Menschenrechtskommission – und später bei ihm und seiner Frau Emilia Rojo zuhause. Im belgischen Leuven beherbergte er uns mindestens fünf Mal. Ich erinnere mich an einen Vorabend: Einer von uns wünschte sich ein Glas Wein; und Gastgeber Dirk gab zu bedenken, dass wir doch morgen früh fit zum Arbeiten sein müssten. Es sagt sich so leicht: ‚Er war von Anfang an dabei‘. CPTI entstand nur, weil Dirk sich in die belgische Gesetzgebung eingearbeitet hatte und die ganzen formalen Schritte zur Vereinsgründung nach internationalem Recht (1996) sowie nachfolgenden Anerkennungen bewältigt hatte. Die Verortung in Belgien hatte noch eine exotische Randerscheinung: nur Dirk allein verstand die Papiere und Formalitäten; sie waren alle in flämischer Sprache. Deshalb musste bei seinem Ausscheiden aus dem Vorstand der Verein in ein Land mit einer bekannteren Sprache transformiert werden; so kam CPTI nach England. Wenn wir Vorstandsmitglieder Dirks wohlüberlegten Vorlagen nicht so ganz folgten, konnten wir bei diesem meist ruhigen und verhaltenen Mann zu unserer Überraschung die Kraft seines Ärgers und Eintretens für das Notwendige erleben. Er hat uns und die Geschäfte von CPTI mit seiner Akribie und beharrlichen Energie 21 Jahre lang vorangetrieben. Im vorigen Juni schickte er ein anspruchsvolles Memorandum „CPTI, quo vadis?“, das immer noch in Arbeit ist. Dirk ordne ich die nötige Institutionskenntnis für unsere Akkreditierung bei der Menschenrechtskommission, heute Menschenrechtsrat, und beim UN-Wirtschaftsrat zu. Noch steht CPTI in seiner Schuld, diese Akkreditierungen zu aktualisieren.

Ich nahm am 21.02. in Leuven an Dirk Panhuis' Trauergottesdienst, Beerdigung und Nachfeier teil, zusammen mit Carla Goffi, die wir beide ehemalige CPTI-Vorstandsmitglieder sind. Die Evang. Kirche fasste kaum die ca. 150 Trauergäste. Den eindrucksvollen Gottesdienst gestalteten mehrere Familienmitglieder und eine Friedensfreundin mit, die Episoden aus ihrer Beziehung mit Dirk erzählten; dabei durfte auch mal gelacht werden. Auch wenn ich die flämischen Reden kaum verstand, seine Vitalität und sein Engagement kamen immer wieder zur Sprache sowie sein Glaubensverständnis i.S.d. christlichen Sozialisten. Die Kollekte hatte die Familie zugunsten von CPTI bestimmt. Die belgischen VRAK-Freunde erzählten mir, dass Dirk noch im Krankenhaus an der termingerechten Fertigstellung von Texten gearbeitet hat. Als wir am Grab standen, begann leichter Regen; gleichzeitig schien in einiger Entfernung die Sonne; deshalb hofften wir auf einen Regenbogen. Sicher, Emilia weinte auch; aber sie war nicht untröstlich und offenbar gut aufgehoben im Kreise der Familie.

Dieser Abschied ist zugleich der Auftrag: Macht weiter, und dann aber auch mit vollem Einsatz!

Hannelore Morgenstern

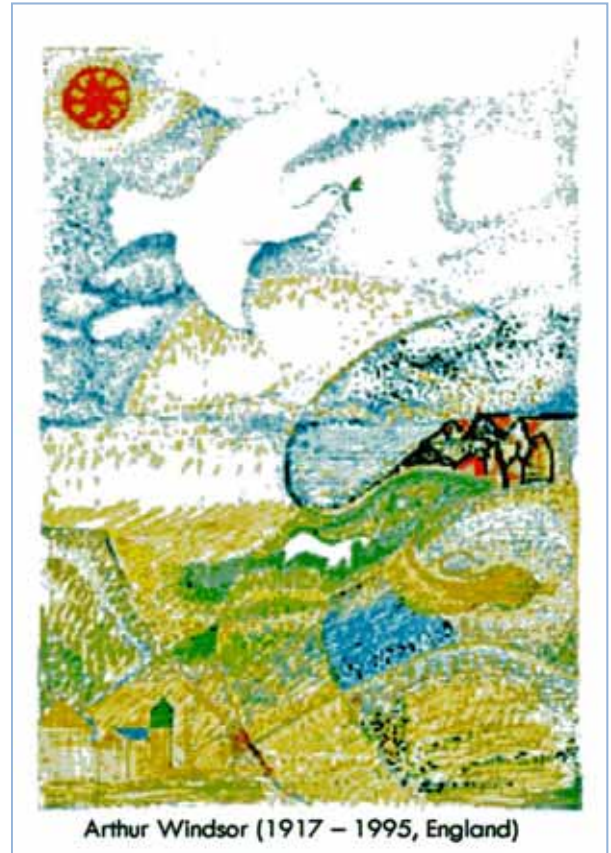
Quellen: <http://www.press.umich.edu/313409>, <http://www.degruyter.com/view/product/432457>

Zum Gedenken an Ursula Windsor

Unsere liebe englische Quäker-Freundin, Ursula Windsor, ist am Sonntag, den 29. März verstorben. Sie war im vergangenen Juli gerade 90 Jahre alt geworden, hatte bis dahin noch mit der Unterstützung ihrer Kinder und hilfsbereiter Nachbarn in ihrem Haus in Gloucester leben können und war erst fünf Wochen vor ihrem Tod in ein Alten- und Pflegeheim umgezogen.

Robert und ich denken daran, dass Ursula zusammen mit ihrem Mann Arthur unter den britischen Quäkern zu Beginn der 80er Jahre die Militärsteuerverweigerung vertreten hat. Aufsehen in den Medien erregte dann in England die Tatsache, dass Arthur für seine Verweigerungshaltung ins Gefängnis gehen musste. Die BBC hatte einen Film darüber gedreht, und dieses Filmdokument gab uns den Anstoß, zusammen mit Christa und Martin Voigt, die dort schon lange vor uns aktiv gewesen waren, die Friedenssteuerbewegung hier in Deutschland mitzutragen. In den folgenden Jahrzehnten nahm Ursula Windsor nach dem Tode ihres Mannes viele Male an den Internationalen Konferenzen teil, von denen 1986, 2002 und 2006 auch drei Deutschland abgehalten wurden.

Manchem von uns im Netzwerk Friedenssteuer wird diese kleine liebenswürdige couragierte Frau mit ihrem streitbaren Engagement für unsere Sache noch in Erinnerung sein.



Arthur Windsor (1917 – 1995, England)

In tiefer Traurigkeit und von ganzem Herzen dankbar

Ute und Robert Antoch

Die neueste, hoffnungsvolle Nachricht

Am 4. Mai veröffentlichten Renke Brahms (Friedensbeauftragter der EKD), Dr. Chr. Münchow (Vorsitzender der EAK) und LtD.Mil.Dekan a.D. Horst Scheffler (Vorsitzender der AGDF) eine Forderung an Politik und Gesellschaft (es wird kein deutlicher Adressat genannt), die ich hier zusammenfasse:

„... Aktuell erleben wir weltweit eine Politik, die Militarisierung und Aufrüstung fördert. 2014 wurden 1,7 Billionen Dollar für Rüstung ausgegeben. [...] Gleichzeitig wird behauptet, es fehle an Geld für internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen, die OSZE, für zivile Konfliktbearbeitung, soziale Aufgaben, Bildung, Entwicklungszusammenarbeit und Umweltschutz. Die historischen Chancen in [...] 1945 und 1989 wurden größtenteils vertan. [...] Ban Ki-Moon mahnte bereits 2010: „Die Welt ist überrüstet und der Frieden unterfinanziert.“

Und dann kommt es:

„Die evangelische und die katholische Kirche, aber auch die Freikirchen, lehnen Krieg als Mittel der Politik ab [...] Sie fordern ein entschiedenes Engagement für gerechten Frieden. Militärische Gewalt schafft keinen Frieden, sondern löst neue Konflikte aus. Gleichzeitig ist in Friedensbildung und in den Aufbau alternativer friedenspolitischer Strukturen national und international zu investieren und sind diese deutlich zu stärken. [...] Als Christinnen und Christen stehen wir für diesen Weg ein.“

Es folgen 8 Forderungen, die nicht neu sind, aber noch nie so deutlich aus 'den Kirchen' hörbar. Stehen aber wirklich 'die Kirchen' als Ganzes dahinter? Als MitunterzeichnerInnen folgt eine Reihe Personen aus dem evangelischen, eine Person aus dem freikirchlichen Bereich. Eine Teilnahme von katholischer Seite ist nicht erkennbar.

Der vollständige Text ist im Friedenssteuer-Blog zu finden: www.blog.friedenssteuer.de

Gertie Brammer

Geschäftsstelle: Netzwerk Friedenssteuer, Krennerweg 12, 81479 München, Tel: 089-7259416

Stand 11. 05. 2015

Region/Titel	Vorname	Name	Straße	PLZ	Ort	Tel	email
AG Lobbyarbeit	Gertie	Brammer	Schützenweg 5	29481	Karwitz-Lenzen	T 05861-985742	brammer@friedenssteuer.de
AG Öffentlichkeit, Internet	Friedrich	Heilmann	Sonnenblumenweg 87	18119	Rostock	T 0381-77882981 H 0163-5030710	heilmann@friedenssteuer.de
Redaktion Friedenssteuer Nachrichten & Materialversand	Gertie	Brammer	Schützenweg 5	29481	Karwitz-Lenzen	T 05861-985742	brammer@friedenssteuer.de
AG Rechtswege	Ulla	Klotz	Raidinger Str. 9a	81377	München	T 089-716283	post@ullaklotz.de
AG Steuern zu Pflugscharen Region Ost	Gerlinde und Martin	Rambow	Wilhelm-Bode-Str. 30	99425	Weimar	T 03643-741687 F 03643-741688	rambow-weimar@web.de
Internationales/CPTI	Dietmar	Czerny	Neuburgstr. 5	83620	Feldkirchen- Westerham	T 08062-7261067 F 08062-7252396	d.czerny@gmx.de
Vernetzung	Michael	Held	Simon-Haune-Str. 15	36251	Bad Hersfeld	T 06621-620186 F 06621-65645	a-p-s@gmx.de
Region Berlin	Gisela	Lattmann-Kieser	Heinz-Bartsch-Str. 5	10407	Berlin	T 030-4251860	gisela-lmk@web.de
Region Berlin	Eise	Tonke	Stavanger Str. 5	10439	Berlin	T 030-4444379 F 030-44339133	elsetonke@gmx.de
Region München	Ulla	Klotz	Raidinger Str. 9a	81377	München	T 089-716283	post@ullaklotz.de
Region Nord	Dedo	von Krosigk	Birkenstr. 32	30171	Hannover	T 0511-801696 F 0511-5194881	dedo.krosigk@web.de
Region Nord	Gudrun	Rehmann	Brahmsstrasse 11	32756	Detmold	T 05231-31231	Telefon 12.30 bis 13.00 Uhr
Region Nürnberg	Dr. Brigitte	Janus	Krelingstr. 10	90408	Nürnberg	T 0911-353237 F 0911-269851	b.janus@mnet-mail.de
Region Nürnberg	Lina	Hoffmann	Olivengweg 36	90441	Nürnberg	T 0911-662993	lina-b-hoffmann@t-online.de - NEU
Region Südwest	Dr. Marduk	Buscher	Schirmhofweg 1	76530	Baden-Baden	T 07221-38194 F 07221-38191	mardukbuscher@t-online.de
Region Südwest	Dr. Wolfgang	Steuer	Am Kälberrain 20	78647	Trossingen	T 07425-5856	w.steuer@friedenssteuer.de
Region West	Ute und Dr. Robert	Antoch	Alte Landstr. 32	40489	Düsseldorf	T 0211-403986 F 0211-404723	uantoch@gmx.de rantoch@gmx.de
Vorstand, Geschäftsführung	Katharina	Rottmayr	Neuburgstr. 5	83620	Feldkirchen- Westerham	T 08062-7261067 F 08062-7252396	k.rottmayr@friedenssteuer.de
Vorstand, stellv. Vorsitzende	Hannelore	Morgenstern- Przygoda	Jesuitengasse 39a	50735	Köln	T 0221-552525	hannelore.morgenstern@gmx.de
Vorstand, Vorsitzender	Dr. Wolfgang	Steuer	Am Kälberrain 20	78647	Trossingen	T 07425-5856	w.steuer@friedenssteuer.de

Spenden an das Netzwerk Friedenssteuer e.V.: IBAN DE25 4306 0967 7001 6016 00, GLS Gemeinschaftsbank e.G., BIC GENODEM1GLS. Bei allen Spenden unbedingt den vollständigen Namen und die Adresse auf dem Überweisungsträger angeben! Spendenquittungen werden am Anfang (Feb-März) des nächsten Jahres verschickt. Die Friedenssteuer Nachrichten erscheinen i.d.R. 2x im Jahr und gehen an alle, die sie bestellen oder Informationsmaterial angefordert haben.

Anderkonto, verwaltet von RAin Susanne Besendahl:
Netzwerk Friedenssteuer e.V.
IBAN DE44 4306 0967 7902 2287 01 GLS
Gemeinschaftsbank e.G., BIC GENODEM1GLS